

Begründung zur Coronaschutzverordnung (CoronaSchVO) vom 24. Juni 2021

Aktualisierung in grüner Schrift: Verordnung zur Änderung der Coronaschutzverordnung vom 28. Juni 2021

Aktualisierung in blauer Schrift: 31. Mantelverordnung zur Änderung von Rechtsverordnungen zum Schutz vor dem Coronavirus SARS-CoV-2 vom 2. Juli 2021

Aktualisierung in roter Schrift: Zweiunddreißigste Verordnung zur Änderung von Rechtsverordnungen zum Schutz vor dem Coronavirus SARS-CoV-2 vom 7. Juli 2021

Aktualisierung in oranger Schrift: Dritte Verordnung zur Änderung der Coronaschutzverordnung vom 24. Juni 2021

Aktualisierung in lila Schrift: Vierte Verordnung zur Änderung der Coronaschutzverordnung vom 24. Juni 2021

I. Grundsätze

Nachdem das Infektionsgeschehen ab Mitte Oktober 2020 einen besorgniserregenden Verlauf genommen hatte und in Nordrhein Westfalen in zwei „Wellen“ mit Spitzenwerten der 7-Tage-Inzidenz am 23. Dezember 2020 von 200,5 und am 23. April 2021 von 193,7 zwei Höchstwerte erreichte, sind die Infektionszahlen seit dem Spitzenwert im April praktisch kontinuierlich steil abgefallen und inzwischen relativ beständig bei einem einstelligen Wert von 5,8 am 28. Juni 2021 angelangt (jeweils nach den vom Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen unter https://www.lzg.nrw.de/inf_schutz/corona_meldelage/index.html veröffentlichten Daten, Datenbestand 28. Juni 2021). Auch die Situation in der medizinischen Versorgung von Covid-19-Patientinnen und -Patienten hat sich den sinkenden Infektionszahlen folgend deutlich entspannt. So müssen aktuell (Stand 28. Juni 2021) nur noch 365 Patientinnen und -patienten mit einer Covid-19-Infektion in den Krankenhäusern behandelt werden, 148 Personen davon intensivmedizinisch, davon 113 mit Beatmung. Von den 5.344 vorhandenen Intensivbetten mit Beatmung sind aktuell 601 als frei gemeldet. Es werden aber immer noch täglich um die 10 Verstorbenen mit einer Covid-19-Infektion gemeldet, auch diese Zahlen liegen deutlich unter früheren Werten (Ende April 2021 bis zu 61 Personen täglich, Ende Dezember 2020 bis zu 174).

Für die Coronaschutzverordnung gilt es daher einerseits die derzeit positive Entwicklung der Infektionszahlen in den Blick zu nehmen, andererseits aber auch die aktuelle Unsicherheit darüber zu berücksichtigen, inwieweit der in anderen Ländern zu beobachtende erhebliche Anstieg der Infektionszahlen im Kontext einer Ausbreitung von Virus-Varianten, insbesondere der Delta-Variante, auch in Nordrhein-Westfalen zu befürchten ist. Da hier eine höhere Infektiosität vermutet wird, gilt es, die erforderlichen Schutzmaßnahmen auch weiterhin konsequent aufrecht zu erhalten.

Im Hinblick auf die bevorstehende Reisezeit und angesichts der bis zum Ferienbeginn noch andauernden Schulwoche kann eine grundlegende Veränderung der aktuellen Regelungen oder eine weitergehende Lockerung als im bisherigen Stufenmodell vorgesehen, noch nicht erfolgen. Es müssen zunächst die Entwicklung im Hinblick auf die Virusvarianten und die Tendenz in der Infektionsentwicklung genau beobachtet und weitere künftige Öffnungsschritte daran abgewogen werden. Nur wenn die positive Tendenz weiterhin stabil bleibt, können weitere Normalisierungsschritte, die über das bereits in der Inzidenzstufe 1 mögliche Maß hinausgehen, erfolgen.

Vor diesem Hintergrund werden zunächst nur an wenigen Stellen Angleichungen vorgenommen, die auch in der Inzidenzstufe 1 (Inzidenz bis 35) aufgrund der aktuellen Erfahrungen und Prognosen anhand des Infektionsgeschehens vertretbar und nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen bereits jetzt geboten sind. Dass Lockerungen schrittweise unter genauer Beobachtung des Infektionsgeschehens erfolgen führt dazu, dass einige Bereiche von Lockerungen früher profitieren als andere, es also zwangsweise zu „Ungleichbehandlungen“ kommt. Diese Ungleichbehandlungen sind nach jüngster Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen aber nicht zu beanstanden, wenn die Lockerungen in einen entsprechenden „Lockerungsfahrplan“ eingebettet sind.

Wichtiger Baustein der Pandemiebekämpfung auch während der gegenwärtigen positiven Entwicklung der Infektionszahlen ist weiterhin, das in kürzester Zeit in Nordrhein-Westfalen aufgebaute flächendeckende Testangebot, das uns bereits einen erheblichen zusätzlichen Schutz durch das frühzeitige Erkennen und Begrenzen möglicher neuer Infektionsanstiege gebracht und vergangene Öffnungsschritte mit ermöglicht hat. Eine weiterhin hohe Testfrequenz ist daher auch bei positiver Entwicklung der Inzidenzzahlen noch immer unabdingbar. Um die Wahrnehmung bestimmter Angebote auch weiterhin sicher zu gestalten, wird es daher in verschiedenen Bereichen bei dem Erfordernis eines negativen Testnachweises oder eines vollständigen Impfschutzes bzw. einer Genesung bleiben.

Nach der zuletzt zum 17. Juni 2021 erfolgten grundsätzlichen Überarbeitung der Coronaschutzverordnung werden für praktisch alle Lebensbereiche Perspektiven für eine schrittweise verantwortungsvolle Öffnung aufgezeigt, die sich an drei Inzidenzstufen und bei überregional relevanten Angeboten auch an der landesweiten Inzidenz orientieren. Die Beibehaltung der inzwischen eingeübten infektiologischen Grundregeln („AHA+L-Regeln“) mit Abstandsgebot, Maskenpflicht und Hygieneregeln gewährleistet dabei einen Schutz vor einem Wiederaufleben des Infektionsgeschehens und vor allem auch einen individuellen Schutz der noch nicht geimpften Personen vor einer Ansteckung, die auch durch geimpfte und genesene Personen wissenschaftlich belegt möglich ist. Die Beibehaltung der Grundregeln und insbesondere auch die Aufrechterhaltung einer intensiven Teststrategie schützen dabei auch vor einer (unerkannten) Ausbreitung möglicher neuer und gefährlicher Virusvarianten (sog. „Variants of Concern“ – VOC), die aktuell nach den Erfahrungen in anderen Ländern selbst bei einem zunehmenden Impffortschritt ein erhebliches Risiko darstellen.

Ausgehend von diesen Grundannahmen misst diese Verordnung, solange kein flächendeckender Impfschutz die Ausbreitung des Coronavirus wirksam verhindert, den für alle Bereiche geltenden Grundregeln „Abstand, Hygiene und Alltagsmasken und Lüften“ („AHA+L-Regeln“) ebenso wie den mittlerweile ausreichend verfügbaren Antigentests weiterhin entscheidende Bedeutung zu. Mit ihnen kann der Alltag verantwortungsvoll so gestaltet werden, dass das wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Leben möglichst wenige Einschränkungen erfährt und dennoch verlässlich die weitere Verbreitung des Coronavirus verhindert wird.

Bei einigen wenigen Angeboten, bei denen die Einhaltung der Grundregeln bei einer lebensnahen Betrachtung kaum zu erwarten oder möglich ist und bei der damit die Gefährdung einer größeren Personenzahl droht, werden die Öffnungsperspektiven zusätzlich an das Datum des 27.08.2021 geknüpft, weil (erst) dann von einem ausreichend hohen Impfschutz in den relevanten Bevölkerungsgruppen ausgegangen werden kann.

Auch bei der Prüfung der mit dieser Verordnung erlassenen Schutzmaßnahmen wurden die kollidierenden Rechtsgüter unter Berücksichtigung des Infektionsgeschehens und des Impffortschritts umfassend gegeneinander abgewogen, mit dem Ergebnis, dass der Schutz von Leben und Gesundheit und der Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems für einen erneut befristeten Zeitraum die verbleibenden Eingriffe in die Rechtsgüter der Betroffenen in Ansehung aller sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf den Einzelnen und die Allgemeinheit weiterhin rechtfertigt und überwiegt. Dabei wurde auch berücksichtigt, dass entstehende Härten nach wie vor durch finanzielle Unterstützungen abgefedert werden. Hinzu kommt, dass die vorgesehenen Maßnahmen soweit wie möglich durch Ausnahmetatbestände flankiert werden. Dass trotz alledem erhebliche wirtschaftliche Einbußen entstehen können, steht den in dieser Verordnung angeordneten Maßnahmen nicht entgegen. Denn ohne die verbleibenden Maßnahmen wäre eine nachhaltige Eindäm-

mung des Infektionsgeschehens nicht gesichert. Die Folge könnte ein erneut exponentieller Anstieg der Zahl der Neuinfektionen und damit eine erhebliche Gefährdung von Leben und Gesundheit sowie der Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems sein. Darüber hinaus wären auch erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen zu befürchten, die das durch die verbleibenden Schutzmaßnahmen entstehende Maß noch übersteigen dürften.

Die vorgenannte Prüfung verfolgt grundsätzlich weiter das Ziel, infektionsgefährdende Kontakte im erforderlichen Umfang zu begrenzen. Die aktuelle Infektionssituation lässt aber wieder deutlich mehr Kontakte zu, weshalb anders als in Vorgängerregelungen die unbedingte Kontaktvermeidung nicht mehr erforderlich ist. Vielmehr wird bei der Festlegung der Schutzmaßnahmen - wie im Vorjahr - eine Gesamtabwägung getroffen, in die die jeweilige soziale, bildungspolitische und wirtschaftliche Bedeutung des Angebots und der Tätigkeiten ebenso einfließt wie die konkrete angebots- oder tätigkeitstypische Infektionsgefahr. Alleine die Infektionsrisiken sind daher nicht der Maßstab für den Umfang der Zulassung bzw. die Festlegung der erforderlichen Schutzmaßnahmen. Insgesamt ergibt sich aus der Summe aller Regelungen ein landesbezogenes Gesamtkonzept, das die Infektionsrisiken durch alle zulässigen Aktivitäten und Angebote so begrenzt, wie es zur Sicherung des Ziels, einen erneuten Anstieg der Infektionszahlen zu vermeiden, vertretbar ist.

Nach allgemeinen Grundsätzen der Normenhierarchie gehen die Bestimmungen dieser Rechtsverordnung im Umfang ihres Geltungsanspruchs abweichenden Verwaltungsakten und Allgemeinverfügungen der Ordnungsbehörden vor. Regelungen im Einzelfall bleiben unter Einhaltung des in der Verordnung vorgegebenen Rahmens sowie des darin vorgesehenen Verfahrens weiterhin möglich. Für über den Einzelfall hinausgehende Regelungen in Regionen mit besonderen Infektionslagen sowie für Ausnahmen von Bestimmungen der Verordnung sind Abstimmungsverfahren der Ordnungsbehörden mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales vorgesehen.

In Umsetzung von § 73 Abs. 1a Nummer 24 des Infektionsschutzgesetzes werden bestimmte Verstöße gegen Bestimmungen dieser Verordnung zu unmittelbar verfolgbareren Ordnungswidrigkeiten bestimmt.

Zur noch besseren Strukturierung der Verordnung ist diese nun in einen allgemeinen und einen besonderen Teil aufgeteilt. Zudem haben die Paragraphen des besonderen Teils weitgehend eine einheitliche Normstruktur enthalten, um die Anwendung und das Verständnis weiter zu erleichtern.

Aktualisierung durch die 32. MantelVO

Das Robert Koch-Institut schätzt im Rahmen seiner täglichen Lageberichte die Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland insgesamt weiterhin als hoch ein. Die 7-Tage-Inzidenz für ganz Deutschland stieg seit Mitte Februar 2021 stark an. Seit Mitte April hat sich die Zunahme zunächst abgeschwächt und seit Anfang der Kalenderwoche 17 sind die Infektionszahlen deutlich zurückgegangen. Der

7-Tage-R-Wert lag lange Zeit deutlich unter 1 und schwankt derzeit um 1. In den letzten Wochen sank die 7-Tage-Inzidenz in allen Altersgruppen. Es lassen sich daher wieder mehr Infektionsketten nachvollziehen, aber Ausbrüche treten weiterhin auf. Häufungen von Infektionen werden momentan vor allem in Privathaushalten, in Kitas und Schulen sowie dem beruflichen Umfeld einschließlich der Kontakte unter der Belegschaft beobachtet.

Angesichts landesweit weiterhin niedriger Inzidenzzahlen und der ebenfalls deutlich abnehmenden Zahl schwerer Krankheitsverläufe, erforderlicher Krankenhauseinweisungen und Intensivbehandlungen wird eine neue „Inzidenzstufe 0“ eingeführt. Unter Beibehaltung der anderen drei Stufen besteht somit ein Regelwerk, dessen Maßnahmen auf das jeweilige vor Ort herrschende Infektionsgeschehen abgestimmt sind. Soweit Angebote überregionale Bedeutung haben, wird zum Teil zusätzlich, zum Teil ausschließlich auf die Landesinzidenz abgestellt.

Indes sind die Inzidenzwerte nicht alleine maßgeblich für die angeordneten Maßnahmen in den jeweiligen Stufen. Der Ordnungsgeber beobachtet vielmehr täglich sehr intensiv die verschiedenen Parameter wie die Neuinfektionen, die Quote der schweren Erkrankungen, Hospitalisierungen und Todesfälle, die Auslastung der Intensivkapazitäten, den Impffortschritt, die Impfwirksamkeit, die Ausbreitung von Virusvarianten und die Entwicklung des R-Wertes.

Diese Vielzahl an Parametern – und eben nicht nur die Entwicklungen der 7-Tage-Inzidenz – fließt in die Ausgestaltung der Schutzmaßnahmen und ihrer Intensität mit ein. Dies lässt sich nicht nur den jeweiligen Begründungen der Verordnungen entnehmen, sondern ist auch an der Korrelation zwischen Inzidenzwerten und Schutzniveau abzulesen. Gerade weil diese Faktoren auch mitberücksichtigt werden, führt ein bestimmter Inzidenzwert in jeder Phase der Pandemie zu einem anderen Schutzmaßnahmenniveau.

II. Allgemeiner Teil

§ 1 Zielsetzung, Inzidenzstufen

§ 1 bestimmt die Ziele und den Anwendungsbereich der Verordnung auf der Grundlage des § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG. Dabei wird vor allem die doppelte Zielsetzung dieser Verordnung, eine verantwortungsvolle Eröffnung von Perspektiven und zugleich einen nachhaltigen Schutz vor einem erneuten Infektionsanstieg zu erreichen, betont.

§ 1 legt zudem die Grundstruktur der Geltung der Schutzmaßnahmen fest. Da für die Infektionsrisiken bei der Nutzung der regulierten Angebote und Einrichtungen jedenfalls bei einem regional begrenzten Einzugsbereich vor allem das regionale Infektionsgeschehen ausschlaggebend ist, werden Inzidenzstufen für die einzelnen Kreise und kreisfreien Städte festgelegt, an denen sich die in der Verordnung genannten

Schutzmaßnahmen orientieren. Die Schwellenwerte der drei Inzidenzstufen sind dabei bewusst dem § 28a des Infektionsschutzgesetzes entnommen, um eine Einheitlichkeit von Bundes- und Landesregelung zu ermöglichen und zur Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger auf möglichst wenige einheitliche Grenzwerte abzustellen. Um die Regelungen insgesamt nachvollziehbar und kongruent zu gestalten, wurde auch hinsichtlich der für die Infektionsstufen relevanten Infektionszahlen auf die gleiche Datenquelle und den gleichen Berechnungsmechanismus wie in § 28b des Infektionsschutzgesetzes abgestellt.

Damit die Kommunen ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger Klarheit über die jeweils geltenden Infektionsstufen haben, werden diese zentral und verbindlich vom Land festgestellt und auf der Homepage des Gesundheitsministeriums veröffentlicht. Diese Veröffentlichung legt für jeden Kreis bzw. jede kreisfreie Stadt die geltende Inzidenzstufe verbindlich fest, ist also konstitutiv.

Orientiert an den Inzidenzstufen 1, 2 und 3 legen dann die Paragraphen dieser Verordnung bereichsbezogen die jeweils einschlägigen Schutzmaßnahmen fest. Dies erfolgt in allen Regelungen nach der gleichen, einheitlichen Schutzstruktur: Zunächst regelt die Verordnung die erforderlichen Schutzmaßnahmen für die Infektionsstufe 3 (meist im Absatz 2 des jeweiligen Paragraphen). Diese Schutzmaßnahmen gelten bei einer 7-Tage-Inzidenz von über 50 und werden über einer 7-Tage-Inzidenz von 100 um die aus § 28b des Infektionsschutzgesetzes folgenden Maßnahmen („Bundesnotbremse“) ergänzt. Die Paragraphen dieser Verordnung regeln dann in jeweils weiteren Absätzen die zusätzlich zulässigen Angebote, Einrichtungsnutzungen und Tätigkeiten in den beiden niedrigeren Inzidenzstufen. Das bedeutet, dass Angebote, Einrichtungsnutzungen und Tätigkeiten, die schon in der Inzidenzstufe 3 zulässig sind, dies auch in den Inzidenzstufen 2 und 1 bleiben und nur durch die zusätzlich zulässigen Angebote, Einrichtungsnutzungen und Tätigkeiten der Inzidenzstufen 2 und dann auch - wiederum zusätzlich zu den schon in Stufe 2 zulässigen - der Inzidenzstufe 1. Diese Vorgehensweise trägt der Tatsache Rechnung, dass die niedrigeren Inzidenzzahlen bedeuten, dass typischerweise weniger infizierte Menschen die Angebote und Tätigkeiten wahrnehmen, so dass diese entweder von mehr Menschen oder mit geringeren Schutzmaßnahmen wahrgenommen werden können, ohne dass das Infektionsrisiko ein vertretbares Maß übersteigt.

Da die zum 24.04.2021 erfolgte Änderung des Infektionsschutzgesetzes mit der Bundesnotbremse weiterhin Gültigkeit hat, bleibt die Regelung des Absatzes 5 zur Klärung des Normverhältnisses bestehen.

Mit der durch die 26. Mantelverordnung erfolgten Änderung des § 1 Absatz 4 wird sichergestellt, dass klar abgrenzbare Ausbrüche nicht zu einer Höherstufung bei den Infektionsstufen führen. So führt beispielsweise ein Ausbruch in einer Justizvollzugsanstalt, bei dem sich die Infektionsketten schnell identifizieren lassen und Quarantänemaßnahmen unmittelbar greifen und so eine Ausbreitung aufgrund des betroffenen Personenkreises ausgeschlossen werden kann, nicht dazu, dass im gesamten Gebiet der Kommune wieder strengere Regelungen angewandt werden müssen. Die

Feststellung erfolgt durch das MAGS und wird im Rahmen der konstitutiven Veröffentlichung kenntlich gemacht.

Im bisherigen Absatz 5 wurde die landesrechtliche Umsetzung der sogenannten Bundesnotbremse aus § 28b Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes geregelt. Nach Auslaufen der Bundesnotbremse gemäß § 28b Absatz 10 des Infektionsschutzgesetzes zum 30. Juni 2021 war die Regelung nicht mehr erforderlich und wird daher aufgehoben.

Mit den Änderungen wird eine neue Stufe 0 eingeführt. Diese trägt dem Umstand Rechnung, dass bei einem Infektionsgeschehen bis zu einem Inzidenzwert von 10 Maßnahmen auch vor dem Hintergrund des zunehmenden Impfschutzes der Bevölkerung zurückgefahren werden. Anders als in den anderen Inzidenzstufen erfolgt eine Hochstufung nicht schon beim Überschreiten an drei aufeinanderfolgenden Tagen, sondern grundsätzlich erst nach acht Tagen. Hintergrund der Regelung ist, dass bei derart niedrigen Inzidenzwerten schon eine geringe Anzahl von Erkrankungen in einem bestimmten Umfeld zu einer Überschreitung führen kann. Sofern es bei diesen geringen Neuinfektionen verbleibt, sinkt die Inzidenz innerhalb der festgelegten acht Tage wieder ab, so dass eine Hochstufung nicht erforderlich ist. Sofern jedoch bereits absehbar ist, dass das Infektionsgeschehen dynamisch ist, kann eine Hochstufung in die nächst höhere Inzidenzstufe bereits vor Ablauf der acht Tage erfolgen. Damit kann flexibel auf das Infektionsgeschehen reagiert und dauernde Wechsel zwischen den Stufen vermieden werden.

Die vorgenommene Änderung in § 1 Abs. 4 sieht nun für alle Zuordnungen zu einer höheren Inzidenzstufe eine Frist von acht aufeinanderfolgenden Werktagen vor. Erfahrungen in der Entwicklung der Infektionszahlen haben gezeigt, dass diffuse Infektionsgeschehen, die auf ein bestimmtes zeitliches Ereignis zurückzuführen sind, zu einem starken Anstieg der Infektionszahlen und damit zu einem schnellen Wechsel in die nächsthöhere Inzidenzstufe führen können, ohne dass die Schutzmaßnahmen der jeweiligen Inzidenzstufe ihre Wirkung entfalten konnten. Dies untergräbt maßgeblich die Akzeptanz der Regelungen in der Bevölkerung und damit deren Wirksamkeit.

Die jetzt vorgenommene Änderung trägt zudem dem Umstand Rechnung, dass Infektionsgeschehen nach einem bestimmten Ereignis zwar einen starken Anstieg zur Folge haben, nach einigen Tagen aber häufig der Höhepunkt erreicht ist und die Zahlen in der Folge wieder absinken. Die Möglichkeit der Verkürzung der Frist auf bis zu drei Tage stellt hierbei sicher, dass auf dynamische und nicht lokal (oder zeitlich) begrenzte Infektionsentwicklungen zeitnah reagiert werden kann. Die zusätzlichen Schutzmaßnahmen einer höheren Inzidenzstufe können dann dazu beitragen, den Anstieg zu bremsen und eine unkontrollierte Verbreitung des Coronavirus zu vermeiden.

§ 2 Besondere Regelungsbereiche

Da § 1 jetzt umfangreiche Regelung zur Grundstruktur der Inzidenzstufen enthält, wurden die bisherigen Sonderregelungen zum Anwendungsbereich in § 2 zusammengefasst.

In Absatz 1 behält die Verordnung für Zusammenkünfte, die der Religionsausübung im Sinne des Artikels 4 des Grundgesetzes dienen, den bewährten Regelungsmechanismus bei: Mit Rücksicht auf die kollektive Religionsausübungsfreiheit sowie die konstitutionell gewährleistete Religionsfreiheit obliegt es grundsätzlich den Kirchen und Religionsgemeinschaften, in Wahrnehmung ihrer Eigenverantwortung Regelungen zu treffen, die sich an den Vorschriften und Wertungen dieser Verordnung orientieren. Dabei werden aber an die Durchführung der Gottesdienste, die von Einzelfällen abgesehen in den gesamten letzten Monaten höchst verantwortungsvoll durchgeführt wurden, keine zusätzlichen Anforderungen gestellt, weshalb von dem für viele erstmals wieder zulässige Veranstaltungen vorgesehenen Erfordernis des Testnachweises abgesehen werden kann. Da sich Veranstaltungen zur Religionsausübung trotz des sehr verantwortungsvollen Vorgehens der allermeisten Kirchen und Religionsgemeinschaften und ihrer Untergliederungen in Einzelfällen immer wieder auch als Infektionsquellen herausgestellt haben, gilt für Religionsgemeinschaften, die keine den staatlichen Vorschriften entsprechenden Eigenregelungen vorgelegt haben, eine Anmeldepflicht von Veranstaltungen mit mehr als 10 Personen. Dies soll den zuständigen Behörden Gelegenheit zur Kontrolle im Einzelfall geben.

Für den Bereich der Arbeitswelt, der nach wie vor eine erhebliche Bedeutung für die Begrenzung des Infektionsgeschehens hat, bleibt es gemäß Absatz 2 ebenfalls bei der bewährten Struktur, nach der die Verordnung auf die speziellen arbeitsschutzrechtlichen Regelungen zum Infektionsschutz (v.a. Corona-Arbeitsschutzverordnung und § 28b IfSG) verweist, da diese ein passgenaues Schutzsystem für diesen Bereich darstellen.

Die betriebliche und überbetriebliche praktische Ausbildung unterfällt ebenfalls weiterhin der durch die Vorgaben des Arbeitsschutzes regulierten Arbeitswelt und nicht den Regelungen dieser Verordnung für die schulischen und sonstigen institutionsgebundenen Bildungsangebote.

Für den Bereich der Schulen und Kindertagesbetreuung werden zentrale Regelungen weiterhin in einer gesonderten Verordnung erfasst, weshalb dieser Verordnung (Coronabetreuungsverordnung) als „lex specialis“ in Absatz 3 grundsätzlich Vorrang vor der Coronaschutzverordnung eingeräumt wird.

[Der in der bisherigen Regelung in Absatz 2 Satz 1 beinhaltete Verweis auf § 28b Absatz 7 des Infektionsschutzgesetzes wird ebenfalls wegen des Auslaufens der sogenannten Bundesnotbremse gem. § 28b Absatz 10 des Infektionsschutzgesetzes zum 30. Juni 2021 gestrichen. Zudem wurde die bundesrechtliche SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung seit der letzten geltenden Fassung der Coronaschutzverordnung neu erlassen, so dass die Verweisung angepasst werden musste.](#)

Mit der Änderung wird auf die geltende Arbeitsschutzverordnung verwiesen.

§ 3 Allgemeine Grundsätze

Absatz 1 betont neben den in dieser Verordnung enthaltenen besonderen Verpflichtungen die Eigenverantwortung jedes Einzelnen. Absatz 2 definiert für diese Verordnung den öffentlichen Raum, aus dem der nach Art. 13 Abs. 1 GG geschützte Bereich der Wohnung ausgenommen ist. Viele Regelungen dieser Verordnung gelten - abweichend von § 28b IfSG und damit nur außerhalb der Bundesnotbremse uneingeschränkt anwendbar - nur in diesem öffentlichen Raum. Hierdurch wird insbesondere der Schutzfunktion von Art. 13 GG Rechnung getragen.

Satz 2 stellt dabei angesichts der fortgesetzten Umsetzung der Impfstrategie und der nationalen Teststrategie und des damit einhergehenden zunehmenden Schutzes der Einrichtungen vor Einträgen des Coronavirus ausdrücklich fest, dass die Innenbereiche und die abgegrenzten Außenbereiche für die Bewohnerinnen und Bewohner ebenfalls nicht als öffentlicher, sondern als privater, von Art. 13 Abs. 1 GG geschützter Bereich gelten. Diese Feststellung ist erforderlich, um den Bewohnerinnen und Bewohnern angesichts des für sie inzwischen bestehenden höheren Schutzes mehr Gemeinschaftsleben und Kontakte innerhalb der Einrichtungen zu ermöglichen. Daher schließt die Feststellung auch ausdrücklich den Kontakt mit den Beschäftigten ein.

Mit der Regelung in Absatz 3 wird den Erfordernissen der Schutzmaßnahmen-Ausnahmeverordnung des Bundes Rechnung getragen. Demnach sind vollständig Geimpfte und Genesene von den Testerfordernissen befreit und auch von Kontaktbeschränkungen insoweit ausgenommen, dass sie bei den Personenzahlbergrenzen nicht mitgezählt werden. Dort, wo die Verordnung bei der Begrenzung der zulässigen Personenzahl jedoch an Quadratmeterangaben oder eine prozentuale Begrenzung der Kapazität anknüpft, sind auch Geimpfte und Genesene mit zu berücksichtigen. Absatz 3 betont aber auch das Erfordernis der Einhaltung der grundsätzlichen Schutz- und Verhaltensregelungen aufgrund der nach wie vor möglichen Infektionsverbreitung auch durch immunisierte Personen. Um eine möglichst einheitliche Begriffsbildung zu befördern, orientiert sich die Verordnung bei der Definition der immunisierten Personen bewusst an der Schutzmaßnahmen-Ausnahmeverordnung.

Der neu eingefügte Satz 8 stellt klar, dass immunisierte Personen den Nachweis ihrer Immunisierung überall dort mitführen und den verantwortlichen Personen vorlegen müssen, wo dies auch für den Negativtestnachweis gilt. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Gleichstellung der sogenannten 3 G's, welche die COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmeverordnung des Bundes vorsieht, auch einer Überprüfung zugänglich ist.

Absatz 4 sieht nach wie vor eine ausdrückliche Zulassung digitaler Angebote vor, weil diese die Infektionsrisiken, die der weiterhin teilweise bestehenden Beschränkung von Präsenzangeboten innewohnen, grundsätzlich vermeiden.

Absatz 5 definiert aufgrund zahlreicher Nachfragen den Begriff „im Freien“, der für viele Angebote geringere Schutzstandards auslöst. Aufgrund der infektiologischen Relevanz des Begriffes kommt es dabei vor allem auf eine freie Luftzirkulation zur Vermeidung von Aerosolansammlungen an, die auch bei einer Überdachung noch gegeben sein kann, aber mindestens zwei offene Seiten voraussetzt.

Entsprechend der Regelungen zur Schutzmaßnahmenausnahmereverordnung des Bundes werden immunisierte Personen bei der Ermittlung der zulässigen Höchstzahl für Zusammenkünfte und Veranstaltungen nicht mit berechnet, sofern die Verordnung in den jeweiligen Einzelschriften nichts anderes bestimmt.

§ 4 Mindestabstand, Kontaktbeschränkung

Ausgehend von den wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Übertragung des Coronavirus enthält § 4 auf der Grundlage der §§ 28 Abs. 1, 28a Abs. 1 Nr. 1 IfSG Vorgaben zum Mindestabstand, der ein zentrales Element bei der Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus darstellt. Da das Einhalten eines Abstands von mindestens 1,5 Metern die Infektionsgefahr entscheidend verringern kann, bestimmt die Vorschrift die grundsätzliche Pflicht zur Einhaltung dieses Mindestabstands zu anderen Personen.

Die Einhaltung des Mindestabstands gehört zu den Grundregeln, die während der Pandemie zu beachten sind. Sie ist daher grundsätzlich nicht abhängig von den Inzidenzstufen.

In Absatz 2 regelt die Vorschrift weiterhin eine für den öffentlichen Raum geltende Kontaktbeschränkung im Sinne von § 28a Abs. 1 Nr. 3 IfSG, die sich angesichts des derzeitigen Infektionsgeschehens als notwendig erweist. Diese Kontaktbeschränkungen wirken im öffentlichen Bereich auch in die Regelungen des besonderen Teils dieser Verordnung hinein, da vorbehaltlich besonderer Regelungen die Kontaktbeschränkungen auch bei der Nutzung der jeweiligen Angebote, Einrichtungen oder bei den zulässigen Tätigkeiten gelten (z.B. bei der Tischbesetzung in der Gastronomie).

Gemäß der neuen Grundstruktur der Verordnung sind diese Kontaktbeschränkungen künftig bezogen auf die drei Inzidenzstufen festgelegt. Geringere Inzidenzen bedeuten geringere Wahrscheinlichkeiten, dass sich in einer zulässigen Kontaktgruppe infizierte Personen befinden. Daher kann die Gruppengröße ohne Steigerung des Infektionsrisikos entsprechend erhöht werden.

Immunisierte Personen werden bei Anwendung der Kontaktbeschränkungen jeweils nicht berücksichtigt, zählen also bei Höchstzahlen für Personen oder Hausstände nicht mit und dürfen an den Treffen daher zusätzlich teilnehmen.

Im Hinblick auf die strengeren bundeseinheitlichen Schutzmaßnahmen und Kontaktbeschränkungen des § 28b Abs. 1 IfSG kommt den Regelungen der Absätze 2 und 3 in den Kommunen, in denen § 28b IfSG greift, nur eine eingeschränkte Bedeutung zu.

Die Kontaktbeschränkungen, die gemäß Absatz 3 in der Inzidenzstufe 3 gelten, orientieren sich grundsätzlich an den bisherigen Regelungen (Angehörige eines Hausstandes mit einem weiteren Hausstand, wenn die Personenzahl insgesamt auf maximal fünf Personen begrenzt ist). Allerdings wird die Personenbegrenzung beim Zusammentreffen einer bestimmten Zahl von Haushalten aufgegeben, weil Hausstände gerade aufgrund der neuen Virusvarianten ohnehin meist eine „Infektionsgemeinschaft“ bilden und die Begrenzung der am Zusammentreffen beteiligten Mitglieder des Hausstands keine so relevante zusätzliche Schutzwirkung entfaltet, dass die Begrenzung gerechtfertigt wäre. Die grundsätzlichen Ausnahmen von den Kontaktbeschränkungen entsprechen den bisherigen Regelungen, da sich diese bewährt und keine unvermeidbaren Infektionsrisiken verursacht haben.

In Absatz 4 wird die Zahl der an einem Zusammentreffen zulässigerweise beteiligten Hausstände aus den oben genannten Gründen auf 3 erhöht. Zudem lässt es in dieser Inzidenzstufe die inzwischen flächendeckend gegebene Verfügbarkeit der Coronaschnelltests und die guten Erfahrungen mit diesen Tests zu, auch einer zahlenmäßig begrenzte Personengruppe mit Negativtestnachweisen aber ohne Begrenzung auf eine bestimmte Anzahl von Hausständen den direkten Kontakt zu erlauben.

Für die Inzidenzstufe 1 erweitert Absatz 5 die Anzahl der zulässigen Haushalte auf 5 und die der Personen mit Schnelltest auf 100. Die letztgenannte Erweiterung trägt der Tatsache Rechnung, dass seit der letzten Verordnungsänderung in der Inzidenzstufe 1 bereits private Veranstaltungen mit bis zu 100 getesteten Personen zulässig sind.

Die Regelung für Indoorspielplätze ist an die Regelung für Spielplätze im Freien angepasst. Auch bei Indoorspielplätzen ist spielenden Kinder bis zum Schuleintritt nicht zu vermitteln, dass diese den Mindestabstand einhalten müssen. Daher wurde auch für Indoorspielplätze eine entsprechende Ausnahmeregelung aufgenommen und so dem Spielverhalten der Kinder Rechnung getragen.

Mit der Änderung durch die 27. Mantelverordnung wurde klargestellt, dass Kinder bei den Regelungen zu den Kontaktbeschränkungen, bei denen für getestete Personen stufenabhängig 10 oder 100 Personen zusammentreffen dürfen, auch diesbezüglich von dem Testerfordernis ausgenommen sind.

Mit der Änderung des Abs. 1 S. 2 wird der besondere Mindestabstand von 2 Metern beim Singen in dieser Vorschrift gestrichen und auf das Spielen von Blasinstrumenten beschränkt. Regelungen zum Singen finden sich weiterhin in den jeweiligen Einzelvorschriften sowie bei den Maskenregelungen in § 5.

Zudem wird für die Inzidenzstufe 0 vorgesehen, dass die Kontaktbeschränkungen in dieser Stufe aufgrund des nur noch geringen Infektionsgeschehens lediglich empfohlen werden, so dass die Einhaltung des Mindestabstands in die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger gestellt wird. Gerade im öffentlichen Raum ist die Einhaltung der Mindestabstände mittlerweile vielfach geübt und Teil der täglichen Routine, so dass es bei einem geringen Infektionsgeschehen keiner zwingenden Anordnung mehr bedarf.

§ 5 Alltagsmaske, medizinische Maske, Atemschutzmaske

Da nach wissenschaftlichen Erkenntnissen die Übertragung des Coronavirus sowohl im Wege der Tröpfcheninfektion wie auch der Infektion durch Aerosole durch eine Mund-Nasen-Bedeckung verhindert oder zumindest relevant reduziert werden kann, regelt § 5 auf der Grundlage von § 28a Abs. 1 Nr. 2 IfSG als weiteres zentrales Element zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus die Pflicht zum Tragen einer entsprechenden Bedeckung, wobei die Bereiche im Einzelnen benannt werden, in denen eine dahingehende Verpflichtung besteht. Erfasst werden dabei solche Bereiche, in denen es vornehmlich aufgrund räumlicher Gegebenheiten typischerweise dazu kommen kann, dass der Mindestabstand im Sinne von § 2 nicht durchgehend eingehalten werden kann. Deswegen befreit die Regelung nicht von der Geltung dieses Mindestabstands, vielmehr tritt die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung ergänzend hinzu.

Als eine weitere grundsätzliche infektiologische Verhaltensregel ist auch die Regelung zur Maskentragung weitgehend unabhängig von den Inzidenzstufen. Verzichtbar werden Masken bisher lediglich dort, wo ein so großer Teil der Menschen durch einen Impfschutz passiv gut geschützt ist, dass man innerhalb dieser Gruppe von einer sog. Herdenimmunität ausgehen kann. Dies ist derzeit aber vor allem (nur) in den anfangs prioritär „durchgeimpften“ Pflegeeinrichtungen der Fall, weshalb die entsprechenden Landesregelungen für diesen Bereich hier Ausnahmen vorsehen können.

Die Regelung folgt insgesamt dem Grundsatz, dass ein Zusammentreffen in geschlossenen Räumen einen höheren Maskenstandard erfordert, während im Außenbereich Alltagsmasken grundsätzlich ausreichend sind.

Angesichts der inzwischen vorliegenden wissenschaftlichen Bewertungen zur nicht gegebenen Wirkungsgleichheit zwischen einer Alltagsmaske und einem Gesichtsvisionier im Hinblick auf Tröpfchen- und vor allem Aerosolausstoß erscheint das Gesichtsvisionier als gleichwertiger Maskenersatz aktuell nicht mehr vertretbar.

Aufgrund der verschärften Infektionsrisiken durch neue und ansteckendere Virusstämme wird in bestimmten Bereichen das Tragen von Masken angeordnet, deren verlässliche Schutzwirkung aufgrund einheitlicher Standards und behördlicher Prüfungen über die Schutzwirkung von nicht spezifizierbaren Alltagsmasken hinausgehen. Absatz 1 definiert auf dieser Grundlage als Masken mit erhöhter Schutzwirkung einerseits die medizinischen Gesichtsmasken (sog. OP-Masken nach der Norm EN 14683) und andererseits die Atemschutzmasken, also Masken des Standards FFP2 und höher (EN 149 - jeweils ohne Ausatemventil) sowie diesen vergleichbaren Masken (insbesondere KN95/N95).

Es wird klargestellt, dass aufgrund des erforderlichen Drittschutzes Masken mit Ausatemventil die Anforderungen nicht erfüllen, da diese Masken durch die Funktion des Ventils, welches die verbrauchte Atemluft der Trägerin bzw. des Trägers nach außen transportiert, nur die Trägerin bzw. den Träger selbst schützen, nicht aber den Dritten. Diese sind daher maximal dann zulässig, wenn - ärztlich bescheinigt - ansonsten gar keine Maske getragen werden könnte.

Masken mit der ausländischen Standardbezeichnung KN95/N95 wurden aufgrund des erheblichen Bedarfs an Schutzausrüstung durch bundesrechtliche Regelungen und/ oder behördliche Prüfungen und Bestätigungen als vergleichbare Masken für den Einsatz während der Pandemie freigegeben. Sie weisen die erforderliche zusätzliche Schutzwirkung auf und sind daher im Rahmen der Schutzmaßnahmen nach der Coronaschutzverordnung ebenfalls einsetzbar.

Darüber hinaus wird festgelegt, dass der Verpflichtung zum Tragen einer bestimmten Maske auch durch das Tragen einer Maske mit einer höheren Schutzwirkung Rechnung getragen wird.

Absatz 2 sieht für die Erbringer der Leistung oder Ausbildung bei Friseurdienstleistungen und anderen Handwerksleistungen, Dienstleistungen oder Ausbildungen ohne Einhaltung des Mindestabstands unabhängig von der tatsächlichen Einhaltung des Mindestabstands und auch am Sitzplatz die Pflicht zum Tragen einer Atemschutzmaske vor, wenn die Kundin oder der Kunde oder Auszubildende zulässigerweise keine Maske trägt. Dies trägt dem höheren Risiko einer Ansteckung, wenn eine der beiden Personen keine Maske trägt, aufgrund körperlicher Nähe bei diesen Dienstleistungen Rechnung.

Absatz 3 regelt die Bereiche, in welchen mindestens eine medizinische Gesichtsmaske zu tragen ist. Dies sind insbesondere Orte und Situationen, an und in denen mehrere Personen regelmäßig näher oder einzelne Personen sehr nah zusammen treffen.

Daher sieht Absatz 3 für Fahrgäste des öffentlichen Personennah- und -fernverkehrs, einschließlich der entgeltlichen oder geschäftsmäßigen Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen samt Taxen und Schülerbeförderung, die Verpflichtung zum Tragen einer medizinischen Maske vor. Trotz der typischerweise entstehenden unvermeidbaren Nähe während des Beförderungsprozesses (insbesondere während des Betretens und Verlassens des Beförderungsmittels) wurde die früher bestehende Regelung zum Tragen einer Atemschutzmaske angesichts der stark gesunkenen Fallzahlen hier gelockert, so dass das Tragen einer Atemschutzmaske nicht mehr verpflichtend ist. Die Maßnahme zum Tragen einer Atemschutzmaske war mit Blick auf die Anforderungen des § 28b IfSG eingefügt worden, damit einheitliche Vorgaben für die Maskenstandards gelten. Da mittlerweile keine Kommune mehr unter die Regelung des § 28b IfSG fällt, ist wieder eine medizinische Maske ausreichend. Die Verpflichtung zum Tragen einer medizinischen Maske gilt auch in den zum jeweiligen Verkehr gehörenden Einrichtungen (an überdachten Bushaltestellen, in Bahnhöfen etc.), da es auch hier erfahrungsgemäß immer wieder zu Unterschreitungen des erforderlichen Mindestabstands kommt. Zum Schutz vor Neuinfektionen besteht auch für das Kontroll- und Servicepersonal im Kontakt mit den Fahrgästen die ausdrückliche Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske.

Körpernahe Dienstleistungen bergen durch die erforderliche Nähe zwischen den Dienstleistungserbringerinnen und Dienstleistungserbringern und den Kundinnen und Kunden ein erhöhtes Ansteckungspotential. Insbesondere im Hinblick auf die leichter übertragbaren Virusvarianten war es daher erforderlich sicherzustellen, dass der Infektionsschutz auch bei der Inanspruchnahme und Erbringung von Friseurdienstleistungen und anderen Handwerksleistungen, insbesondere jedoch bei Dienstleistungen oder Ausbildungen ohne Einhaltung des Mindestabstands gewährleistet wird. Die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske gilt immer dann, wenn beide Personen eine solche Maske tragen. Trägt zulässigerweise eine der beiden Personen keine Maske, so besteht die Pflicht zum Tragen einer Atemschutzmaske nach Absatz 2.

Absatz 4 trifft eine Regelung zu Außenbereichen, in denen der Mindestabstand erfahrungsgemäß häufiger unterschritten wird und verpflichtet auch dort zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus zum Tragen einer Alltagsmaske. Da diese ohnehin inzwischen zum breit akzeptierten Schutzinstrument geworden ist, wiegt der persönliche Rechtseingriff, der durch die Trageverpflichtung entsteht, deutlich weniger schwer als die durch sie geschützten Rechtsgüter. Die Maskenpflicht bleibt nur in den Bereichen bestehen, wo der Mindestabstand im Freien nicht sicher eingehalten werden kann, z.B. in Warteschlangen und unmittelbar vor Kassenbereichen oder an Verkaufsständen. Das gleiche gilt für Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Menschen, außer an festen Sitz- und Stehplätzen, da bei solch großen Veranstaltungen auch bei den erforderlichen Regelungen zur Steuerung der Besucherströme die Einhaltung des Mindestabstands nicht sichergestellt werden kann und es zu engeren Kontakten kommt. Kommunale Allgemeinverfügungen, die Maskenpflichten unter freiem Himmel

betreffen, bleiben bestehen bzw. können weiterhin getroffen werden, da diese Regelungen dort getroffen werden, wo ebenfalls die Einhaltung des Mindestabstands nicht sichergestellt werden kann.

Mit der Regelung in Absatz 4a wird die Verpflichtung zum Tragen einer Alltagsmaske im Freien in der Inzidenzstufe 1 aufgrund der günstigen Infektionsentwicklung weitgehend aufgehoben, da im Außenbereich eine Verbreitung und Infektion über Aerosole geringer ist als in Innenbereichen.

Absatz 4a trifft zudem Regelungen für Ausnahmen von der grundsätzlich fortbestehenden Verpflichtung zum Tragen einer Maske in geschlossenen Räumen in Kreisen und kreisfreien Städten der Inzidenzstufe 1. Dort, wo aufgrund von guter Durchlüftung oder einer der Raumgröße angepassten, Luftfilteranlage, die dazu geeignet ist, auch Viren aus der Luft zu eliminieren, und zusätzlich die Regelungen zum Mindestabstand eingehalten werden oder bei zulässigen Ausnahmen vom Mindestabstand die besondere Rückverfolgbarkeit sichergestellt ist, kann von einer so stark verringerten Gefahr für eine Ansteckung ausgegangen werden, dass an festen Sitz- oder Stehplätzen bei Bildungs-, Kultur- und Sportveranstaltungen mit Negativtestnachweis, in Bibliotheken einschließlich Hochschulbibliotheken und bei zulässigen Veranstaltungen und Versammlungen nach § 18 mit Negativtestnachweis auf das Tragen einer Maske verzichtet werden kann.

Absätze 6 und 7 regeln weitgehend die bisherigen Ausnahmen von der Pflicht zur Maskentragung, da diese sich als praktikabel und alle ethischen, medizinischen und gleich bedeutsamen sonstigen Hinderungsgründe angemessen berücksichtigend bewährt haben. Diese Ausnahmen gelten unmittelbar aus sich heraus, soweit nicht in der Vorschrift selbst etwas Anderes geregelt ist, wie zum Beispiel bei Absatz 6 Nummer 4 (nur bei ärztlicher Bestätigung) oder Absatz 7 Nummer 4 (nur nach Maßgabe der Veranstaltungsleitung). Es besteht eine Ausnahmeregelung für Kinder zwischen 6 bis einschließlich 13 Jahren, die statt einer Atemschutzmaske eine medizinische Maske tragen dürfen.

Absatz 8 verpflichtet weiterhin die für Angebote etc. verantwortlichen Personen, sog. „Maskenverweigerer“ von der Nutzung auszuschließen. Hierdurch wird die Wirksamkeit der gesamten Schutzmaßnahme effektiv sichergestellt.

Mit der vorgenommenen Ergänzung des Absatzes 4a dürfen nunmehr in der Inzidenzstufe 1 auch in geschlossenen Räumlichkeiten, die auch Kundinnen und Kunden beziehungsweise Besucherinnen und Besuchern zugänglich sind, Beschäftigte, die keinen Kontakt mit diesen Kundinnen und Kunden beziehungsweise Besucherinnen und Besuchern haben, auf das Tragen einer Maske verzichten.

Mit den Änderungen in Abs. 4a S. 2 Nr.1 werden nicht berufsmäßige musisch-kulturellen Angebote in die dort normierte Ausnahmeregelung aufgenommen.

Mit der Einfügung des neuen Satzes 3 wird mit Blick auf den hohen Aerosolausstoß für Angebote und Veranstaltungen mit Gesang entgegen der vorherigen Ausnahmeregelung beim Singen ein Abstand von 2 Metern eingeführt.

Mit dem neu eingefügten Abs. 9 wird der in den Abs. 1 bis 8 geregelten Systematik der Maskenpflicht – abgesehen von Innenbereichen – ein empfehlender Charakter zugeschrieben. Wenn die Inzidenzstufe 0 auch für das Land greift, gilt der empfehlende Charakter grundsätzlich auch für die geregelten Innenbereiche. Lediglich für Angebote und in Einrichtungen nach Abs. 3 S. 1 Nr. 1 und 2 (bspw. Personenbeförderung, Handelseinrichtungen und Arzt-/Therapiepraxen) bleiben die Regelungen zur Maskenpflicht wegen der hohen Frequentierung und den regelmäßig beengten räumlichen Verhältnissen auch in Inzidenzstufe 0 bestehen.

§ 6 Hygiene- und Infektionsschutzanforderungen

§ 6 regelt auf der Grundlage von § 28a Abs. 1 Nr. 4 IfSG die Hygieneanforderungen im Falle der Eröffnung von Kunden- und Besucherverkehr. Diese Anforderungen beruhen auf allgemein anerkannten Hygieneregeln und wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Übertragung viraler Erreger im Allgemeinen sowie des Coronavirus im Besonderen.

Die in Absatz 1 zusammengefassten allgemeinen Hygieneregeln bilden auch bei den jetzt wieder möglichen zahlreichen Angebots- und Einrichtungsöffnungen die allgemeinen Schutzmaßnahmen ab, die im vergangenen Jahr in einer gesonderten Anlage zu der Verordnung geregelt waren. Dies dient der Vereinfachung der Gesamregelung. Wenn die Anforderungen nicht erfüllt werden können - wie etwa das infektionsschutzgerechte Reinigen körpernah eingesetzter Gegenstände nach jedem Gast beim gemeinsamen „Shisha-Rauchen“ mit einer Shisha-Pfeife - sind die Angebote nicht zulässig.

Absatz 2 trägt den gewachsenen Erkenntnissen zur Gefährlichkeit des Infektionsweges „Aerosole“ Rechnung. Absatz 3 zieht die Regelung zur grundsätzlichen Bedeutung der Empfehlungen des Robert Koch-Instituts gerade für den medizinischen Bereich in den allgemeinen Teil der Verordnung.

§ 7 Coronatests

Die Fortsetzung einer intensiven Teststrategie ist eine wesentliche Säule der gesamten Öffnungsstrategie dieser Verordnung. Auch wenn Schnelltests keine hundertprozentige Sicherheit bezüglich eines Infektionsausschlusses geben, können sie für negativ getestete Personen das Risiko einer von diesen Personen ausgehenden Ansteckungsfahr deutlich minimieren. In diesem Sinne stellt der Test für Angebote, Einrich-

tungen und Tätigkeiten, bei denen ein Negativtestnachweis gefordert wird, eine zusätzlich wichtige Schutzmaßnahme im Sinne eines Multi-Barrierenkonzeptes dar. Durch die Tests werden gerade auch Öffnungen möglich, bei denen aufgrund der Aerosolbelastung in Innenräumen, einer großen Anzahl teilnehmender Personen, Unsicherheiten im Hinblick auf die Einhaltung anderer Schutzmaßnahmen oder überregionaler Einzugsbereiche mit der Gefahr einer Virusverbreitung besondere Risiken bestehen, die sonst einer Öffnung entgegenstehen würden.

Zudem sichert die Erreichung einer hohen Testzahl bezogen auf die Gesamtbevölkerung die Öffnungsstrategie insgesamt ab, weil durch die Testungen Infektionen aufgedeckt und Infektionsketten unterbrochen werden können und so eine verdeckte Ausbreitung neuer „Infektionswellen“ vermieden oder umgehend aufgedeckt wird. Gerade bei Angeboten, Einrichtungen und Tätigkeiten, bei denen keine besondere ethische, medizinische, soziale, bildungspolitische oder wirtschaftliche Priorität für eine Öffnung trotz der dadurch entstehenden Kontakte und Infektionsrisiken spricht, kann diese Motivation zur Erhöhung der Testzahlen im Rahmen der Gesamtbewertung neben der angebotsbezogenen Schutzwirkung zugunsten einer Zulässigkeit der Öffnung berücksichtigt werden.

Absatz 1 verweist hinsichtlich des Testverfahrens der Schnell- oder Selbsttests, deren Vorliegen für die Nutzung oder Zulassung eines bestimmten, in der Verordnung geregelten Angebots gefordert werden kann, auf die Corona-Test-und-Quarantäneverordnung. Satz 3 trägt dem Umstand Rechnung, dass ein Testnachweis nur personenbezogen die erforderliche zusätzliche Infektionsschutzwirkung leisten kann. Der Personenbezug muss von den Personen, die für die Zugangsgewährung verantwortlich sind, kontrolliert werden können. Da diese Kontrollmöglichkeit nach Berichten aus der Praxis nicht von allen Personen unproblematisch gewährt wurde, erfolgte eine Klarstellung in der Verordnung. Als „amtliches Ausweisdokument“ sind sämtliche Personalausweisdokumente, Reisepässe, Führerscheine, Schülerausweise etc. zu verstehen, solange anhand eines Lichtbildes der Personenabgleich leicht möglich ist.

Die Testergebnisse sind bei der Nutzung von nach dieser Verordnung zugelassenen Angeboten höchstens 48 Stunden gültig, da nach Ablauf dieses Zeitraums die Aussagekraft des Testergebnisses auch vor dem Hintergrund in der Zwischenzeit zunehmender Kontakte nachlässt. Dabei verkennt der Verordnungsgeber nicht, dass auch innerhalb eines Zeitraums von 48 Stunden die Aussagekraft schon (z.B. gegenüber der in § 28b des Infektionsschutzgesetzes festgelegten 24 Stunden-Gültigkeit) geringer ist. Der festgelegte Zeitraum stellt aber einen angemessenen Ausgleich zwischen der erzielbaren Schutzwirkung und der Praktikabilität und dem Aufwand bei der Testdurchführung her. Die längere Frist erscheint vor allem deshalb vertretbar, weil der Test regelmäßig nur eine von mehreren Schutzmaßnahmen ist.

Kinder bis zum Schuleintritt sind von den in der Verordnung vorgesehenen Testerfordernissen ausgenommen, weil derzeit noch keine adäquaten Testmöglichkeiten für diese Altersgruppe in ausreichender Menge verfügbar sind.

Bei der Nutzung oder Zulassung eines Angebotes, für das ein Testerfordernis gilt, wird eine Immunisierung durch eine vollständige Impfung oder eine Genesung einem negativen Antigenschnelltest gleichgestellt. Der Bundesverordnungsgeber hat mit Erlass der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung vom 8. Mai 2021 (BAnz AT 08.05.2021 V1) Erleichterungen und Ausnahmen von Geboten und Verboten nach dem fünften Abschnitt des Infektionsschutzgesetzes oder von auf Grund der Vorschriften im fünften Abschnitt des Infektionsschutzgesetzes erlassenen Geboten und Verboten für Personen geregelt, bei denen die Wahrscheinlichkeit einer Virusübertragung nach Erkenntnissen des RKI als stark vermindert gilt. Diese Verordnung sieht entsprechende Regelungen bereits in § 1 Absatz 3 vor.

Mit den Änderungen in Absatz 1 sowohl in Satz 1 als auch in Satz 2 wird der Verweis auf § 28b des Infektionsschutzgesetzes (sogenannte Bundesnotbremse) gestrichen, da diese Vorschrift mit dem 30. Juni 2021 nicht mehr gilt.

Mit der Einfügung des Abs. 3 wird eine Pflicht zur Vorlage eines Negativtestnachweises bzw. Immunisierungsnachweises für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern nach einer mindestens fünftägigen Abwesenheit wegen Urlaubs eingeführt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern steht es frei, ob sie den Immunisierungsnachweis oder den Negativtestnachweis vorlegen.

Gerade in den Sommermonaten ist der Urlaub – egal ob zuhause, im Inland oder im Ausland – regelmäßig mit zahlreichen Kontakten zu Menschen verbunden, die man sonst nicht oder nicht so intensiv trifft. Insoweit unterscheidet sich Urlaub (in der Regel) von Dienstreisen oder Homeoffice-Situationen, die keine Testpflicht auslösen.

Angesichts zahlreicher Lockerungen der bisherigen Schutzmaßnahmen und der sich ausbreitenden ansteckenderen Delta-Variante bergen diese Kontakte auch bei niedrigen Infektionszahlen ein Infektionsrisiko, das nach dem Urlaub nicht in die Belegschaften der Betriebe hineingetragen werden darf. Denn hier könnte schnell eine weitere Verbreitung erfolgen. Als Test sind neben den kostenlosen Bürgertestungen auch die beaufsichtigten Beschäftigtentestungen (per „Selbsttest“) im Betrieb ausreichend. Beide Varianten sind für die Beschäftigten kostenfrei und niedrigschwellig verfügbar. Sie stellen deshalb nur eine verhältnismäßig geringe Einschränkung dar. Die Testpflicht gilt nicht, wenn es sich nicht um eine urlaubsbedingte Abwesenheit handelt, sondern diese durch Krankheit, Schichtarbeit, Homeoffice, Dienstreisen etc. begründet ist. In zeitlicher Hinsicht genügt die Testvornahme am ersten Arbeitstag in Präsenz. Die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer muss folglich nicht bereits vor dem eigentlichen Arbeitsbeginn ein Zeitfenster für den Test einplanen. Auch dies trägt zu einer verhältnismäßigen Anforderung bei. Wird der erste Arbeitstag nach dem Urlaub im Homeoffice begangen, gilt die Testpflicht für den ersten Arbeitstag ohne Homeoffice. Eine „zwangsweise“ Durchsetzung der Testungen und Ahndung von Verstößen liegt in der Zuständigkeit der Ordnungsämter und nicht bei den Arbeitgebern. Letztere sollen die Beschäftigten gegebenenfalls unter Einschaltung des Be-

triebsrates dazu anhalten, den Test zu machen und bei Testverweigerung die Ordnungsämter informieren. Die Arbeitgeber sollen ihrerseits prüfen, ob Arbeitsschutzmaßnahmen zum Schutz der anderen Beschäftigten erforderlich sind. Das können z.B. für die ersten Tage isolierte Arbeitsplätze etc. sein.

Durch die Einfügung des Abs. 4 wird die Testmöglichkeit für Selbständige und Beschäftigte zwecks Entfalls der Maskenpflicht neben des Negativtestnachweises nach Abs. 1 auf dokumentierte Selbsttests erweitert, wobei das Testkit eindeutig bei der Durchführung des Tests mit Name und Datum zu versehen und für 48 Stunden aufzubewahren ist, damit eine Überprüfbarkeit sichergestellt wird.

Neben der Möglichkeit der Bürger- und Einrichtungstestung (§§ 3 und 5 ff. Corona-Test-und-Quarantäneverordnung) reicht auch eine höchstens 48 Stunden zurückliegende Einreisetestung nach § 5 Coronavirus-Einreiseverordnung aus, um der Testpflicht aus § 7 Abs. 3 zu genügen. Die Ausweitung trägt zur Verhältnismäßigkeit der Schutzmaßnahme bei, da die Anforderungen an die einzelnen Beschäftigten durch die Akzeptanz auch ausländischer Testergebnisse, die nach der Coronavirus-Einreiseverordnung anerkannt sind, noch geringer werden. Die Klarstellung, dass der Testnachweis bzw. die Testvornahme vor oder bei Beginn der Arbeitsaufnahme erfolgen muss, trägt dem Umstand Rechnung, dass nur so dem Eintrag des Coronavirus in die Belegschaft effektiv vorgebeugt werden kann.

§ 8 Rückverfolgbarkeit

Nur auf der Grundlage einer schnellen Kontaktnachverfolgung können Infektionsketten durch Anordnungen im Einzelfall durchbrochen und Ausbruchsherde vermieden werden. Um eine möglichst effektive Kontaktnachverfolgung zu ermöglichen, ist es von besonderer Bedeutung, dass bereits im Moment der relevanten sozialen Kontakte die erforderlichen Daten erhoben werden, um den Ursprung der Infektion zu finden und im Falle einer Infizierung die Warnung von potentiell ebenfalls Angesteckten zu ermöglichen. Ausgehend von § 28a Abs. 1 Nr. 17, Abs. 4 IfSG regelt § 8 daher Vorgaben für die Rückverfolgbarkeit und bestimmt, in welchen Bereichen die Rückverfolgbarkeit sicherzustellen ist. Absatz 1 definiert die Begrifflichkeiten der einfachen und Absatz 2 der besonderen Rückverfolgbarkeit. Absatz 3 legt im Folgenden die Situationen fest, in welchen eine einfache Rückverfolgbarkeit gewährleistet werden muss, und Absatz 4 die, in welchen die besondere Rückverfolgbarkeit sicherzustellen ist.

Absatz 5 verweist nochmals gesondert auf die ohnehin geltenden strengen europäischen, deutschen und nordrhein-westfälischen Datenschutzbestimmungen; außerdem wird eine Höchstspeicherdauer von vier Wochen angeordnet. Absatz 6 trägt dem Umstand Rechnung, dass für bestimmte Angebot aus ethisch-sozialen Gründen gesetzlich eine anonyme Inanspruchnahme ausdrücklich vorgesehen ist.

Mit der Einfügung des Abs. 4a entfällt mit Blick auf die in der Inzidenzstufe 0 niedrigen Infektionszahlen weitgehend die Verpflichtung zur einfachen Rückverfolgbarkeit. Lediglich für Angebote von Beherbergungsbetrieben (Abs. 3 Nr. 2), für Bildungsangebote, die in Kursen oder Klassengemeinschaften o.ä. stattfinden (Abs. 3 Nr. 4) sowie für praktischen Fahr- und Flugunterricht (Abs. 3 Nr. 6) bleibt sie auch in Inzidenzstufe 0 bestehen. Im Hinblick auf die Beherbergung ist dies dem Umstand geschuldet, dass es sich hierbei in aller Regel um Aufenthalte handelt, die über mehrere Tage andauern und die zu erweiterten Kontakten führen. Hinzu kommt, dass häufig auch grenzüberschreitende Kontakte entstehen, die ein zusätzliches Infektionsrisiko bergen. Für die Bildungsangebote nach § 11 bleibt die einfache Rückverfolgung bestehen, da an diesen häufig Personen teilnehmen, die regelhaft nicht geimpft sind. Es entstehen intensive Kontakte und die Gefahr, dass Infektionen in andere Klassen oder Schulen hineingetragen werden, ist dadurch immanent. Da es beim praktischen Fahr- und Flugunterricht zwingend zu Kontakten in einem räumlich sehr begrenzten Innenbereich kommt und durch die Fluktuation der Schülerinnen und Schüler eine Vielzahl von Kontakten entsteht, bleibt auch für diesen Bereich die Verpflichtung zur einfachen Rückverfolgung bestehen.

§ 9 Modellkommunen, Innovationsklausel

Mit der Coronaschutzverordnung vom 15.04.2021 wurde erstmals die Möglichkeit geschaffen, in sogenannten Modellkommunen bestimmte Öffnungsstrategien zu erproben, die in der damaligen Verordnung grundsätzlich noch nicht zulässig gewesen wären. Aufgrund der jetzt deutlich weitergehenden Öffnungen in allen Lebensbereichen - gerade in den Inzidenzstufen 1 und 2 - ist das Erfordernis für weitere Modellversuche entfallen. Die bestehenden Projekte können aber fortgesetzt werden. Soweit im Einzelfall weitere Konzepte erprobt werden sollen, die eine Abweichung von den Regelungen dieser Verordnung erfordern, kann das durch die zuständige Behörde nach vorheriger Zustimmung des Gesundheitsministeriums nach § 21 Absatz 3 ausnahmsweise gestattet werden.

Die Absätze 2 und 3 enthalten die Regelungen der bereits bisher bestehenden Innovationsklausel. Aufgrund der weitgehenden Öffnungen wird auch hier abzuwarten sein, inwieweit für diese Regelung noch ein Bedarf besteht.

III. Besonderer Teil

§ 10 Stationäre Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen

Auf der Grundlage von § 28a Abs. 1 Nr. 16 IfSG regelt § 10 Vorgaben für Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, vollstationäre Einrichtungen der Pflege und besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe sowie ähnliche Einrichtungen. Da sich dort oftmals vorübergehend oder dauerhaft vulnerable und daher besonders zu schützende Personengruppen befinden, gibt § 5 den zuvor genannten Einrichtungen auf, unter Beachtung der Richtlinien und Empfehlungen des Robert Koch-Instituts die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Eintrag des Coronavirus zu erschweren. Die Einrichtungen können auf der Grundlage der Empfehlungen und Richtlinien des Robert Koch-Instituts zum Hygiene- und Infektionsschutz ein einrichtungsbezogenes Besuchskonzept implementieren, das aber auch den inzwischen erreichten Impfschutz berücksichtigen muss und schon wegen dieses weitgehenden Schutzes der Bewohnerinnen und Bewohner Besuche grundsätzlich ermöglichen muss. Die stationären und ambulanten Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, die die erforderlichen Maßnahmen nach den Empfehlungen des Robert Koch-Institutes im Rahmen des Infektionsschutzes ergreifen, haben Besuche auf Basis eines Konzeptes zu ermöglichen. Besuche können von einer Immunisierung oder einem negativen Testergebnis abhängig gemacht werden. Eine Untersagung von Besuchen ist dabei stets nur im Einzelfall aber nicht generell bezogen auf gesamte Einrichtungen oder Stationen bezogen möglich. Keinesfalls darf es zu einer vollständigen Isolation der Betroffenen kommen. Die Begleitung des Geburtsprozesses und der Geburt müssen infektionsschutzgerecht ebenso ermöglicht werden wie Besuche, die aus Rechtsgründen oder zur seelsorgerischen Betreuung erforderlich sind.

Im Übrigen ermöglicht die Verordnung gesonderte Regelungen durch das Gesundheitsministerium, die dieses in Form einer Allgemeinverfügung erlassen hat. Da auch die örtlichen Behörden gestützt auf § 28 im Einzelfall Anordnungen treffen können, werden auch diese und andere einschlägige Regelungen als verbindlich zu beachten aufgeführt.

§ 11 Bildungsangebote

Die erheblich verbesserte Infektionslage erlaubt es vor allem Dingen, die in vielen Bereichen bisher eingeschränkten Bildungsangebote je nach Inzidenzstufe weitgehend wieder uneingeschränkt und auch in Präsenz zuzulassen. Korrespondierend mit der Wiederaufnahme des Regelbetriebs an den Schulen nach den Vorschriften der Betreuungsverordnung lässt die Coronaschutzverordnung auch für alle anderen Bildungsangebote den Unterricht in Präsenz sowohl im Freien wie auch – je nach Inzidenzstufe mit weiteren Voraussetzungen – in geschlossenen Räumen wieder zu. Die weitgehende Normalisierung lässt insbesondere auch das Erfordernis entfallen, die bisher in § 6 und § 7 getrennt geregelten Bereiche der staatlichen Bildungseinrichtungen und der weiteren Bildungseinrichtungen gesondert zu regeln. Das Ge-

sundheitsministerium kann aber für die schrittweise Öffnung bestimmter Bereiche abweichende Regelungen erlassen, wie dies bisher für den Bereich der Hochschulen per Allgemeinverfügung erfolgt ist.

Im Übrigen gelten die Regelungen einheitlich für alle Bildungsangebote, weil gerade im Bildungsbereich dem Anspruch auf Gleichbehandlung besondere Bedeutung zukommt. Unverändert sind auch Hundeschulen als Bildungsangebot einzuordnen, da es sich in erster Linie um eine Ausbildung der Hundehalterinnen und Hundehalter handelt.

Die inhaltlichen Regelungen für die verschiedenen Inzidenzstufen tragen dem Umstand Rechnung, dass auch bei einer Verbesserung der Infektionslage gerade Bildungsangebote in Innenbereichen mit einem längeren Aufenthalt größerer Personengruppen in geschlossenen Räumen Infektionsrisiken durch Aerosol- und Tröpfcheninfektionen mit sich bringen. Neben der ohnehin grundsätzlich bestehenden Maskenpflicht und der Rückverfolgbarkeit im Fall festgestellter Infektionen stellt - ebenso wie im Schulbereich - das Erfordernis eines Negativtestbescheides oder eine regelmäßig beaufsichtigte Testung die entscheidende zusätzliche Schutzmaßnahme dar, die die Öffnungen ermöglicht. Besondere Einschränkungen gibt es - abhängig von den Inzidenzstufen - für den Unterricht mit Blasinstrumenten und Gesang, weil hier der erhöhte Aerosolausstoß das Infektionsrisiko deutlich steigert.

Den geringeren Infektionsrisiken in den Inzidenzstufen 2 und 1 trägt die Verordnung durch Erleichterungen bei den Mindestabständen und dem Maskentragen am Sitzplatz Rechnung. Die Regelungen zu den körpernahen Ausbildungstätigkeiten und den Fahrschulen, die wegen der besonderen Infektionsrisiken weiter erforderlich sind, wurden inhaltlich unverändert übernommen, weil sie sich bewährt haben und inzwischen geübte Praxis sind.

Mit der Regelung in Absatz 2 werden schon bei Inzidenzstufe 3 Bildungsangebote und Prüfungen in geschlossenen Räumen für bis zu zwei Teilnehmende von dem Testerfordernis freigestellt, da bei einer so geringen Anzahl an Kontakten auf die Testung verzichtet werden kann. Zudem entfällt das Testerfordernis für solche Angebote, die in Kooperation mit der Schule stattfinden, da hier im Rahmen der Testpflichten an den Schulen bereits die Teststrategie mit einbezogen ist und somit keine erneute Testung erforderlich ist. Darüber hinaus werden die zulässigen Teilnehmerzahlen für musikalische Angebote erhöht.

Um dem positiven Infektionsgeschehen, vor allem auch den erheblichen Impffortschritten und dem damit einhergehenden geringeren Infektionsrisiko in Kreisen und kreisfreien Städten der Inzidenzstufe 1 gerecht zu werden, darf bei Bildungsangeboten in geschlossenen Räumen bei ausreichender Belüftung oder Luftfilterung und unter Beachtung des Mindestabstandes am Sitzplatz die Maske abgelegt werden.

Beim Betrieb sowie bei der Abnahme von theoretischen und praktischen Fahrerlaubnisprüfungen und Fluglizenzprüfungen von Fahrschulen, Bootsschulen und Flugschulen muss auch angesichts des in den entsprechenden Fahrzeuginnenräumen nur beschränkten Platzes der Mindestabstand unabhängig von der Inzidenzstufe nicht eingehalten werden. Dies allerdings aus Gründen des Infektionsschutzes nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen, dass sich im Fahrzeug, Boot oder Flugzeug nur Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Lehreranwärterinnen und -anwärter sowie Prüfungspersonen aufhalten dürfen und diese eine Atemschutzmaske tragen. Bei Inzidenzstufe 1 genügt eine medizinische Maske.

In Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 wurde bei dem Hinweis auf eine ab dem 7. Juni 2021 geltende Regelung wegen Zeitablaufs das Datum gestrichen.

§ 11 Abs. 4 Nr. 3 regelt den Wegfall des Erfordernisses eines Negativtestnachweises für Bildungsangebote und Prüfungen in geschlossenen Räumen, sofern für das Land die Inzidenzstufe 1 gilt. Aufgrund des Wegfalls der Regelung zum Mindestabstand beim Singen in § 4 Abs. 1 S. 2 und im Hinblick auf den deutlich erhöhten Aerosolausstoß beim Singen wird Nr. 3 um einen zweiten Halbsatz ergänzt, nach dem das Absehen vom Negativtestnachweis bei Bildungsangeboten mit Gesang nur dann möglich ist, wenn entweder ein Abstand von 2 Metern eingehalten oder eine Maske getragen wird.

Mit der Einfügung des Abs. 4a entfallen mit Blick auf die in der Inzidenzstufe 0 niedrigen Infektionszahlen die Beschränkungen der Abs. 1 bis 4, wobei dies bei mehr als 500 Personen wegen der erhöhten Infektions- und Infektionsverbreitungsgefahr an das Vorliegen der Inzidenzstufe 0 auch für das Land geknüpft wird.

§ 12 Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, Eltern-Kind-Angebote der Familienbildung

Durch den langen Lockdown mit der Aussetzung des Präsenzunterrichts und der erheblichen Einschränkung privater und institutioneller Kontakte für Kinder und Jugendliche hat sich für viele von ihnen eine soziale Isolation mit erheblichen psychischen Belastungssituationen und Betreuungsdefiziten ergeben. Um dies schnellstmöglich wieder auszugleichen, kommt den vor allem im Sozialgesetzbuch VIII geregelten Angeboten eine erhebliche Bedeutung zu. Dies gilt gerade auch im Hinblick auf die bevorstehende Ferienzeit, in der vor allem Kinder und Jugendliche mit einer schwierigeren sozialen, wirtschaftlichen und familiären Ausgangslage auf die Angebote der öffentlichen und freien Jugendhilfeträger angewiesen sind. Daher werden diese Angebote jetzt in einem eigenen Paragraphen und nicht mehr nur als Teil der weiteren Bildungsangebote geregelt. Aufgrund der sozialpädagogischen Ausrichtung und der besonderen Zielgruppen der Angebote nach dem Sozialgesetzbuch VIII werden diese Angebote dabei bewusst gesondert geregelt, während für andere private

und gewerbliche Angebote für Kinder und Jugendliche - wie etwa gewerbliche Jugendreisen - die allgemeinen Vorschriften dieser Verordnung für die jeweiligen Angebote gelten.

Die Regelungen des § 12 tragen einerseits dem erheblichen Erfordernis Rechnung, die genannten Angebote schnellstmöglich wieder für die Zielgruppen verfügbar zu machen. Sie berücksichtigen aber auch, dass gerade bei den oft bewegungsintensiven Angeboten für Kinder und Jugendliche die Infektionsrisiken durch mögliche Unterschreitung von Mindestabständen, aerosolintensive Angebotsinhalte und Einschränkungen in der Maskenpflicht und -disziplin größer sind als bei anderen Angeboten. Dem tragen die Regelungen durch differenzierte und an den Infektionsstufen orientierte Vorgaben zu maximalen Personenzahlen, Maskenpflicht und Mindestabständen Rechnung. Aufgrund der stark gesunkenen Infektionszahlen konnten die Intervalle für die Testpflichten verlängert, auf die allgemeinen Regelungen zur Maskenpflicht verwiesen und die Personengruppen um die Betreuerinnen und Betreuer ergänzt werden.

Eine erhebliche Bedeutung kommen weiterhin auch in diesem Bereich den Negativtestbescheinigungen oder den gemeinsamen Selbsttests zu. Auch wenn inzwischen in den Schulen bei den regelmäßigen Testungen ebenfalls Testnachweise ausgestellt werden, ist gerade im Bereich der niedrigschwellig erforderlichen offenen Jugendarbeit zu befürchten, dass gerade die auf das Angebot besonders angewiesenen Kinder und Jugendlichen nicht immer einen Nachweis vorlegen können. Daher sieht die Verordnung neben einer begrenzten Möglichkeit, auf die Testnachweise aus pädagogischen Gründen zu verzichten, auch die Möglichkeit zur Vornahme des Testes in der Einrichtung vor. Dies ist im Unterschied zu anderen in dieser Verordnung geregelten - oft gewerblichen - Angeboten auch deshalb vertretbar, weil die Träger kein wirtschaftliches Interesse an der einzelnen Teilnahme der zu testenden Person haben und die für das Angebot verantwortlichen Personen ohnehin eine besondere Zuverlässigkeit besitzen und nachweisen müssen. Der für die Inzidenzstufen 3 und 2 als obligatorisch angeordnete Testnachweis ist, um dem verringerten Infektionsrisiko Rechnung zu tragen, für bestimmte Bereiche ab Inzidenzstufe 1 nicht mehr erforderlich. Dies gilt für Angebote im Freien mit bis zu 50 jungen Menschen oder 75 Personen bei Eltern-Kind-Angeboten sowie in geschlossenen Räumen mit bis zu 30 jungen Menschen oder 45 Personen bei Eltern-Kind-Angeboten, jeweils unter Beachtung der übrigen Schutzmaßnahmen.

Der Hinweis auf die Bundesnotbremse in Absatz 6 ist erforderlich, weil diese grundsätzliche Einschränkungen im Bereich der Bildungsangebote in Präsenz beinhalten kann.

Die Regelung zur Maskenpflicht ist, wenn verschiedene Gruppen zusammenkommen, nicht auf geschlossene Räume begrenzt. Gerade wenn die Gruppen zusammentreffen, kann in der Regel eine Einhaltung des Mindestabstands nicht immer sichergestellt werden. Da jedoch Infektionsketten zwischen den Gruppen vermieden werden sollen, ist eine Maskenpflicht nicht nur in geschlossenen Räumen geboten.

Durch die in § 12 geregelten Ausnahmen von den Maskenpflichten auch in geschlossenen Räumen soll den beteiligten Gruppen ermöglicht werden, ohne Masken innerhalb der festen Gruppen zusammen zu kommen, z.B. zum Einnehmen der Mahlzeiten sowie für die Schlaf- und Sanitarräume.

Angesichts der bevorstehenden Sommerferien werden mit der Änderungsverordnung vom 28. Juni 2021 Regelungen getroffen, um Kindern und Jugendlichen Ferienangebote zu ermöglichen. Dies ist angesichts der derzeitigen sinkenden Infektionszahlen und vor dem Hintergrund des zuvor stattgefundenen Regelbetriebs in den Schulen nicht nur vertretbar, sondern angesichts der insbesondere für Kinder und Jugendlichen spürbaren Einschränkungen der letzten Monate auch geboten.

Mit der Änderung in Absatz 3 Nummer 2a werden nunmehr auch schon bei Inzidenzstufe 2 Ferienangebote im Freien mit Gruppengrößen bis zu 30 jungen Menschen ermöglicht. Dies freilich unter Beachtung der übrigen Maßgaben von Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 oder 6.

Durch die neue Regelung in Absatz 4 Nr. 2a werden zudem bei Inzidenzstufe 1 Ferienangebote im Freien auch mit Gruppengrößen von bis zu 50 jungen Menschen und in geschlossenen Räumen mit bis zu 30 jungen Menschen ermöglicht. Auch dies freilich nur unter Beachtung der übrigen Maßgaben von Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 oder 6.

Außerdem zulässig in Inzidenzstufe 1 sind Kinder- und Jugendferienreisen sowie Familienerholungsreisen für mehr als 50 teilnehmende Personen ohne Einteilung in feste Betreuungsgruppen. Dies allerdings wegen des allein von der Größe der Gruppe ausgehenden höheren Infektionsrisikos als bei den anderen zulässigen Angeboten nur unter der Voraussetzung, dass neben den zweimal wöchentlichen Testungen auch am Tag der Rückreise eine Testung der teilnehmenden Personen erfolgt. Zudem müssen die übrigen Maßgaben von Absatz 2 Satz 1 Nummer 7 beachtet werden.

Mit der Ergänzung in Absatz 1 wird die Anwendbarkeit der Regelungen bisher für Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit sowie für Eltern-Kind-Angebote der Familienbildung in oder von Einrichtungen der Sozial- und Jugendhilfe entsprechend auch auf Betreuungsangebote, die unmittelbar von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern oder in Kooperation mit ihnen für die Kinder ihrer Beschäftigten erbracht werden, erweitert.

Mit der Einfügung des Abs. 4a entfallen mit Blick auf die in der Inzidenzstufe 0 niedrigen Infektionszahlen die Beschränkungen der Abs. 1 bis 4, wobei wegen der niedrigen Impfquote bei Kindern, der intensiven Kontakte im Rahmen der jeweiligen Angebote und der hohen Ansteckungsgefahr bei Rückkehr in die Schule es bei den dort explizit geregelten Testpflichten verbleibt.

§ 13 Kultur

Auch Angebote und Einrichtungen der Kultur können aufgrund der verbesserten Infektionslage, der bereits eingeübten Verhaltensregeln und der erarbeiteten Infektionsschutzkonzepte jetzt wieder geöffnet werden. Dabei kommt der zusätzlichen Sicherungsmöglichkeit durch Coronatests gerade bei einem längeren Aufenthalt in geschlossenen Räumen bei Kulturveranstaltungen eine besondere Bedeutung zu. Diese zusätzliche Sicherheit und die erhebliche gesellschaftliche und auch grundrechtsrelevante Bedeutung der Angebote geben den Ausschlag für erhebliche Öffnungen bereits in der Infektionsstufe 3.

§ 13 unterscheidet dabei in allen Inzidenzstufen zwischen Kultureinrichtungen und Kulturveranstaltungen sowie zwischen Veranstaltungen und Einrichtungen im Freien und Kulturangeboten in geschlossenen Räumen.

Für Kultureinrichtungen wird der erforderliche Infektionsschutz durch eine Begrenzung der anwesenden Personen mittels eines Flächenschlüssels und durch eine vorherige Terminbuchung (in Inzidenzstufe 3) gesichert. Eines Negativtestnachweises bedarf es dagegen vergleichbar mit dem Einzelhandel nicht. Das trägt auch dem Umstand Rechnung, dass viele Kultureinrichtungen auch einen niedrigschwelligen Zugang ermöglichen sollen.

Die Maßgaben für Kulturveranstaltungen sind dagegen umfassender, weil sich größere Personengruppen für längere Zeiten statisch an einem Ort aufhalten. Dem wird durch das Erfordernis eines Negativtestnachweises und Begrenzungen der maximalen Zahl teilnehmender Personen Rechnung getragen. Auf die sinkenden Infektionsrisiken in den Inzidenzstufen 2 und 1 wird dabei durch größere Personenzahlen und Erleichterungen bei Mindestabständen und Testerfordernissen reagiert. Da gerade Veranstaltungen mit sehr großen Personenzahlen einen überregionalen Einzugsbereich haben, wird hier zusätzlich auch auf die Landesinzidenzstufe abgestellt. Stehtische sind bei Kulturveranstaltungen zulässig, ebenso gastronomische Angebote, für die dann die gleichen Regelungen wie für die Gastronomie gelten (§ 19).

Für beruflich Kulturschaffende gilt im internen Probenbetrieb das Arbeitsschutzrecht, weshalb die Verordnung auf eigene Regelungen weitgehend verzichtet. Für den nicht berufsmäßigen Probenbetrieb waren dagegen orientiert an den Infektionsrisiken der Tätigkeiten und den Inzidenzstufen Anforderungen zu formulieren. Bei besonders aerosolintensiven Tätigkeiten sind diese wie im Bildungsbereich nach § 11 strenger als für andere künstlerische Tätigkeiten.

Da gerade bei Theater- und Tanzdarstellungen Mindestabstände und Maskenpflicht nicht eingehalten werden können, sind hier besondere Infektionsschutzkonzepte erforderlich, um eine Ansteckung innerhalb der Ensembles weitgehend zu vermeiden.

Sofern in Bibliotheken lediglich Medien abgeholt oder zurückgebracht werden, ist eine Terminbuchung nicht erforderlich, da hierdurch jeweils nur ein kurzer Aufenthalt bedingt ist und eine Personensteuerung durch Terminbuchung somit entfallen kann.

Bei einer Inzidenzstufe 1 sind vor dem Hintergrund des verringerten Infektionsrisikos auch für den Kulturbetrieb weitergehende Lockerungen vorgesehen.

So sind auch wieder Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Zuschauerinnen und Zuschauern in geschlossenen Räumen bei einer entsprechenden Kapazitätsbegrenzung, bei der dann Geimpfte und Genesene mit eingerechnet werden, sowie genehmigtem Hygienekonzept zulässig.

Außerdem darf der nicht-berufsmäßige Probenbetrieb im Freien auch ohne Negativtestnachweis stattfinden und Gruppenführungen in Kultureinrichtungen mit bis zu 20 Personen sind bei Sicherstellung der einfachen Rückverfolgbarkeit in Inzidenzstufe 1 wieder zulässig.

Bei einer doppelten Inzidenz von 1, bei der sowohl im Kreis oder der kreisfreien Stadt als auch landesweit die Inzidenz von unter 35 gegeben sein muss, sind bereits ab dem 27. August 2021 Musikfeste, Festivals und ähnliche Kulturveranstaltungen mit bis zu 1.000 Zuschauerinnen und Zuschauern mit Negativtestnachweis und mit einem durch die zuständige Behörde genehmigten Hygiene- und Infektionsschutzkonzept wieder zulässig.

Mit der Einfügung des Abs. 6 entfallen mit Blick auf die in der Inzidenzstufe 0 niedrigen Infektionszahlen die Beschränkungen der Abs. 1 bis 5 mit der dort geregelten Maßgabe, dass es entweder bei dem Erfordernis eines Negativtestnachweises oder bei Masken- und Abstandsregelungen sowie Personenbegrenzungen verbleibt, soweit diese für die Inzidenzstufe 1 gelten.

Damit wird sichergestellt, dass weiterhin entweder noch erforderliche Hygiene- und Abstandsregeln eingehalten werden oder nur getestete bzw. immunisierte Personen die Angebote wahrnehmen bzw. an den jeweiligen Veranstaltungen teilnehmen können. Bei mehr als 500 Personen wird diese Regelung wegen der erhöhten Infektions- und Infektionsverbreitungsfahr an das Vorliegen der Inzidenzstufe 0 auch für das Land geknüpft. Bei mehr als 5.000 teilnehmenden Personen wird angesichts erhöhter infektiologischer Gefahren ein Hygienekonzept erforderlich, welches zwingend das Erfordernis eines Negativtestnachweises vorsehen muss.

§ 14 Sport

Da die lang andauernden Einschränkungen bei der Nutzung von Sportstätten inzwischen in allen Altersgruppen auch nicht unerhebliche negative gesundheitliche Folgewirkungen zeigen, kommt angesichts der verbesserten Infektionslage auch der Ermöglichung von sportlicher Betätigung eine besondere Bedeutung zu. § 14 lässt daher alle sportlichen Betätigungen zu, die nicht aufgrund sehr enger Kontakte zwi-

schen verschiedenen Personen oder der Aerosolproblematik bei gleichzeitiger körperlicher Betätigungen vieler Personen in geschlossenen Räumen besondere Infektionsrisiken bieten. Auch hier kommt dem inzwischen gut etablierten Testkonzept in den Inzidenzstufen 2 und 3 weiterhin eine große Relevanz zu.

Bei den Betätigungen im Außenbereich resultieren die verbleibenden - inzidenzstufenabhängigen - Beschränkungen im Hinblick auf die Gruppengröße daraus, dass die sportliche Betätigung erfahrungsgemäß auch bei Einhaltung der Mindestabstände mit einer Vielzahl von Kontakten und damit Infektionsmöglichkeiten verbunden ist. Wirkliche Untersagungen gibt es aber - in Inzidenzstufe 3 - nur noch für den nicht kontaktfreien Sport, bei dem es regelmäßig und nicht nur völlig unbeabsichtigt auch zu Körperkontakten kommt. Grund dafür sind die Infektionsmöglichkeiten, die bei einem körperlichen Kontakt bei Sportarten wie Fußball, Handball, Basketball, Volleyball entstehen, während z.B. bei Gymnastik mit Mindestabständen, Golf oder Tennis (auch im Doppel/Mixed) solche Kontakte regelmäßig nicht entstehen.

Den geringeren Infektionsrisiken in den Inzidenzstufen 2 und 1 wird durch größere zulässige Personenzahlen, größere Freiheiten beim Kontaktsport und den Verzicht auf Negativtestnachweise Rechnung getragen.

Größere Einschränkungen gibt es dagegen wegen der Aerosolproblematik gerade in der Inzidenzstufe 3 für Sport in geschlossenen Räumen. Dieser ist von medizinisch oder bildungspolitisch besonders begründeten Ausnahmen erst ab der Inzidenzstufe 2 wieder allgemein zulässig. Auch hier sind in den niedrigeren Inzidenzstufen gerade für Kontaktsport noch weitere deutliche Lockerungen vertretbar. Wenn auch das Land einen stabilen Inzidenzwert unter 35 hat, kann auch auf Negativtestungen verzichtet werden. Andere grundlegende Maßgaben wie die Kontaktpersonennachverfolgung bleiben aber erhalten.

Die in den Vorgängerverordnungen enthaltenen besonderen Regelungen für den Profi- und Kadersport, das tierschutzgerechte Bewegen von Pferden etc. haben sich bewährt und erscheinen nach wie vor erforderlich und infektiologisch vertretbar. Sie wurden daher auch im neuen § 14 fortgeschrieben

Zur Klarstellung wurde eine Erläuterung zu den kontaktfreien Sportarten aufgenommen. Sportarten wie Tennis und Badminton, bei denen es gelegentlich am Netz zu Begegnungen kommen kann, sind dennoch kontaktfreie Sportarten. Dies gilt auch dann, wenn diese im Doppel gespielt werden.

In der Inzidenzstufe 1 ist Sport auch in Innenräumen grundsätzlich ohne Test möglich, wenn auch für das Land die Inzidenzstufe 1 gilt. Allerdings muss beim kontaktfreien Sport in Innenräumen der Mindestabstand weiter eingehalten werden, da hier ohne Einhaltung eines Mindestabstands und anders als beim Kontaktsport, wo es sportbedingt unvermeidlich zu kurzen Kontakten kommt, dauerhaft Kontakte entstehen, die aufgrund des höheren Aerosolausstoßes beim Sport vermieden werden sollten.

Um gerade aber Anbietern, die über begrenzte Räumlichkeiten verfügen, eine Alternative zur Einhaltung des Mindestabstands zu bieten, besteht die Möglichkeit, dass auf die Einhaltung des Mindestabstands verzichtet werden kann, wenn alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer getestet bzw. genesen oder geimpft sind.

Angesichts der fallen Infektionszahlen können in der Inzidenzstufe 1 bereits wieder ab dem 27. August 2021 Sportfeste und Sportveranstaltungen ohne feste Begrenzung der Zahl der teilnehmenden Personen sowie Zuschauerinnen und Zuschauer durchgeführt werden. Erforderlich ist aber ein Negativtestnachweis aller Teilnehmenden und ein durch die zuständige Behörde genehmigtes Hygienekonzept.

Es besteht kein Testerfordernis für Zuschauerinnen und Zuschauer bei Veranstaltungen außerhalb von Sportanlagen, da bei nicht klar abgrenzbaren Ereignissen eine Umsetzung dieses Erfordernisses und seine Kontrolle praktisch kaum möglich ist.

Mit der Neufassung des Abs. 4 Nr. 4 wird die Zuschauerkapazität bei Sportveranstaltungen im Freien ausgeweitet. Die Regelung sieht nunmehr eine Obergrenze von bis zu 25.000 Personen vor, wobei zusätzlich höchstens die Hälfte der regulären Zuschauerkapazität genutzt werden darf. Sofern mehr als 5.000 Zuschauerinnen und Zuschauer an der Veranstaltung teilnehmen, ist ein Negativtestnachweis sowie ein von der zuständigen Behörde genehmigtes Hygienekonzept erforderlich. Wichtig ist, dass bei der Berechnung der maßgeblichen Zuschauerzahl von 5.000, die einen Negativtestnachweis und ein genehmigtes Hygienekonzept erforderlich macht, auch immunisierte Personen eingerechnet werden, auch wenn für diese ein Negativtestnachweis gem. § 3 Abs. 3 S. 7 tatsächlich nicht erforderlich ist.

Den vorgenommenen Erweiterungen der Zuschauerkapazitäten liegt der Beschluss der Chefs der Staatskanzleien zu Großveranstaltungen vom 6. Juli 2021 zu Grunde. Da insbesondere große Sportveranstaltungen, wie beispielsweise Spiele von Bundesliga-Mannschaften im Fußball, in aller Regel nicht nur von Besucherinnen und Besuchern des eigenen Bundeslandes aufgesucht werden, erscheint eine bundeseinheitliche Vorgehensweise zweckmäßig. Die beschlossenen Leitlinien wurden mit der Neuregelung umgesetzt. Sie tragen einerseits dem Umstand des niedrigen Infektionsgeschehens und der positiven Entwicklung der Imp fzahlen Rechnung und berücksichtigen andererseits die Erfahrungen im Zusammenhang mit Schutz- und Hygienekonzepten.

Auch die Regelung der Nr. 7 wurde im Hinblick auf die Zuschauerzahlen angepasst. Da die genannten Veranstaltungen nicht über die gleichen Möglichkeiten der Zugangskontrolle (wie beispielsweise Stadien etc.) verfügen, bleibt es dabei, dass diese erst ab dem 27. August 2021 wieder zulässig sind. Sofern es sich um Veranstaltungen im öffentlichen Bereich handelt, ist eine Erfassung der Zuschauerzahlen und somit auch eine Begrenzung der Kapazität auf die Hälfte der üblichen Nutzung, nicht möglich. Hier sollen die Hygienekonzepte Regelungen für besonders zuschauerintensive Bereiche vorsehen.

Mit der Einfügung des Abs. 5 entfallen mit Blick auf die in der Inzidenzstufe 0 niedrigen Infektionszahlen die Beschränkungen der Abs. 1 bis 4 mit der dort geregelten

Maßgabe, dass es entweder bei dem Erfordernis eines Negativtestnachweises oder bei Masken- und Abstandsregelungen sowie Personenbegrenzungen verbleibt. Bei mehr als 500 Personen wird diese Regelung wegen der erhöhten Infektions- und Infektionsverbreitungsgefahr an die Geltung der Inzidenzstufe 0 auch für das Land geknüpft. Bei Veranstaltungen mit mehr als 5.000 teilnehmenden Personen besteht angesichts der erhöhten infektiologischen Gefahren das Erfordernis eines Negativtestnachweises sowie eines genehmigten Hygienekonzeptes. Dieses muss insbesondere Regelungen zur Zuschauerkapazität, zur Maskenpflicht sowie zur Ticketpersonalisierung enthalten.

§ 15 Freizeit- und Vergnügungsstätten

Hinsichtlich der Freizeit- und Vergnügungsstätten konnten mit der Verordnung zwar ebenfalls die verbesserte Infektionslage und die Verfügbarkeit von Testungen als zusätzliche Schutzmaßnahme berücksichtigt werden. Die Lockerungen fallen hier aber zurückhaltender aus, weil zum einen viele Freizeitaktivitäten aufgrund der ausgeübten Tätigkeiten mit einer Vielzahl von Kontakten, einer größeren Aerosolbelastung und einer Unsicherheit im Hinblick auf die Einhaltung von Mindestabständen verbunden sind. Zudem war zu berücksichtigen, dass reine Freizeitaktivitäten gegenüber den meisten anderen in dieser Verordnung geregelten Angeboten und Einrichtungen unter den bildungspolitischen, ethischen, sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine deutlich geringere Priorität besitzen und die reine Freizeitgestaltung auch grundrechtlich weniger stark geschützt ist. Deshalb bleibt die Zulässigkeit der Angebote auch in den jetzigen Inzidenzstufen noch abgestuft eingeschränkt und es werden intensivere Schutzmaßnahmen angeordnet, um die Infektionsrisiken auf ein der Priorisierung entsprechend vertretbares Maß zu reduzieren.

Nach diesen Überlegungen werden in der Inzidenzstufe 3 vor allem Angebote im Außenbereich oder mit zusätzlichen, z.B. medizinischen Funktionen (Schwimmbäder) geöffnet. In den Inzidenzstufen 2 und 1 kommen dann abgestuft auch Angebote in geschlossenen Räumen und solche dazu, die wirklich der reinen Freizeitnutzung dienen. Bei einer überregionalen Bedeutung wird, wie in anderen Paragrafen auch, hier zusätzlich auf die Landesinzidenzstufe abgestellt. Besonders kontaktintensive und damit infektionsgeneigte Angebote und Tätigkeiten werden erst in Inzidenzstufe 1 zugelassen. Die Innenbereiche von Diskotheken und Clubs dürfen bei einer Erreichung der doppelten Inzidenzstufe 1 erst ab dem 27. August 2021 öffnen, weil erst dann in der relevanten Zielgruppe von einem so umfassenden Impfschutz auszugehen ist, dass auch Angebote vertretbar sind, bei denen naturgemäß Schutzmaßnahmen wie Masken und Mindestabstand nicht greifen können.

Mit den Regelungen werden schon bei Inzidenzstufe 3 Einrichtungen der Freizeitgestaltung, wie z.B. Minigolfanlagen, Hochseilgärten und Kletterparks, die ausschließlich im Freien angeboten werden und bei denen in der Regel die sportliche Betätigung oder die Bewegung im Freien eine Rolle spielt, mit Negativtestnachweis unter

Beachtung der Vorschriften zum Mindestabstand zugelassen. Bei Erreichen der Inzidenzstufe 1 sind die vorgenannten Freizeiteinrichtungen im Freien von der Testpflicht befreit.

Für bestimmte Freizeit- und Vergnügungsstätten entfällt aufgrund ihres eher überregionalen Einzugsgebietes und der damit verbundenen Gefahr, Infektionen aus stärker betroffenen Gebieten einzuschleppen, erst dann das Erfordernis eines negativen Testnachweises, wenn auch für das Land die Inzidenzstufe 1 gilt. Hierunter fallen: der Betrieb aller Bereiche von Spielbanken, das Angebot von Ausflugsfahrten mit Schiffen, Kutschen, historischen Eisenbahnen und ähnlichen Einrichtungen.

Beim Betrieb von Zoologischen Gärten und Tierparks sowie nicht frei zugänglichen Botanischen Gärten, Garten- und Landschaftsparks wird in der Inzidenzstufe 3 auf das Terminerfordernis verzichtet. Maßgeblich sind hier alleine die einfache Rückverfolgbarkeit sowie die Quadratmeterbegrenzung; diese ist jedoch über eine Einlasssteuerung möglich und bedarf keiner vorherigen Terminbuchung. Da sie aber ebenfalls ein eher größeres Einzugsgebiet aufweisen, gilt erst ab einer landesweiten Inzidenzstufe 1, dass die Rückverfolgbarkeit nicht mehr sichergestellt werden muss.

Für Freizeitparks und ähnlichen Einrichtungen tritt ab der auch landesweiten Inzidenzstufe 1 eine Lockerung bei den Personenzahlgrenzen ein. Die höhere Personenzahl bedarf allerdings der Zulassung durch die zuständige örtliche Behörde. Diese kann im Einzelfall unter Würdigung des als Voraussetzung vorzulegenden Hygienekonzeptes und unter Berücksichtigung der steigenden Anzahl immunisierter Personen die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort am besten beurteilen.

Sofern in Freizeitparks bauliche Anlagen vorhanden sind, die ausschließlich als Anstellbereiche genutzt werden und die somit der Zuführung der Besucherinnen und Besucher dienen, wird hier abweichend von der Vorgabe der einen Person pro 20 Quadratmeter ein „doppelter“ Mindestabstand von 3 Metern festgelegt. Zudem ist für gute Durchlüftung oder eine der Raumgröße angepassten viruzid wirkenden Luftfilteranlage zu sorgen. Da diese baulichen Anlagen in der Regel schmale Gänge sind, führt die quadratmeterbezogene Vorgabe dazu, dass diese Gänge für die Zuführung zur eigentlichen Einrichtung kaum nutzbar sind. Mit der Festlegung des doppelten Mindestabstands wird dem Infektionsschutz genüge getan, da die baulichen Anlagen aufgrund der entsprechenden Notausgangstüren hinreichend quer gelüftet werden können.

Mit der in Absatz 4 neu eingefügten Nummer 1a wird in Kreisen und kreisfreien Städten in der Inzidenzstufe 1 aufgrund der günstigen Infektionsentwicklung der Vereinssportbetrieb während der Zeiten, in denen die Einrichtung ausschließlich für den Vereinssportbetrieb genutzt wird, auch ohne Negativtestnachweis zulässig. Schon die Vereinszugehörigkeit sichert eine überschaubare Teilnehmergröße sowie die gute Rückverfolgbarkeit und Organisation der Abläufe, so dass auf die Testnachweise verzichtet werden kann, ohne das Infektionsrisiko hierdurch angesichts der geringen Infektionszahlen deutlich zu vergrößern. Mit dem Ziel der Gleichbehandlung wird klar-

gestellt, dass dies auch für Angebote der Schwimmbildung gilt, die nicht von Vereinen, sondern beispielsweise von den Bademeistern, privaten Schwimmschulen o.ä. durchgeführt werden. Dies trägt u.a. auch der besonderen Bedeutung der Schwimmbildung zur Vermeidung von Badeunfällen Rechnung.

Der Ausweitung der zulässigen Personenanzahl liegt die positive Entwicklung des Infektionsgeschehens und des fortschreitenden Impfgeschehens zu Grunde.

Mit der Einfügung des Abs. 5 entfallen mit Blick auf die in der Inzidenzstufe 0 niedrigen Infektionszahlen die Beschränkungen der Abs. 1 bis 4 mit der Maßgabe, dass nicht mehr als 500 Personen an einer Veranstaltung teilnehmen oder mehr als 2.000 Personen täglich eine Einrichtung besuchen, da insoweit eine erhöhte infektiologische Gefahr besteht. Discotheken, Clubs und ähnliche Einrichtungen sind aufgrund der besonderen Infektionsgefahren, die im Zusammenhang mit der Unterschreitung des Mindestabstands, des Konsums alkoholischer Getränke sowie der gesteigerten körperlichen Aktivität beim Tanzen entstehen, von der Regelung ausgenommen. Für diese greift die genannte Regelung erst bei Erreichen der Landesinzidenzstufe 0. Zu beachten sind dann die Maßgaben des Abs. 4 Nr. 3b, die insbesondere ein genehmigtes Hygienekonzept erfordern. Dieses muss insbesondere Kapazitätsbeschränkungen, Lüftungsregelungen und den Umfang von zulässigen Abweichungen bei der Einhaltung von Mindestabständen und Maskenpflicht enthalten. Nur so kann ein dem Infektionsgeschehen angemessenes Schutzniveau erreicht werden.

Für überregionale Angebote und Einrichtungen nach Satz 3 ist die Inzidenzstufe des Landes maßgebend, da nur auf diese Weise unterschiedlichen Infektionslagen Rechnung getragen werden kann.

§ 16 Handel, Messen und Märkte

Aufgrund der erheblichen Bedeutung für den gesamten Wirtschaftsbereich und insbesondere die Vermeidung weiterer wirtschaftlicher Beeinträchtigungen kommt der Normalisierung der Bereiche Handel, Messen und Märkte eine hohe Priorität zu, wenn niedrige Infektionswerte weitere Öffnungen ermöglichen. Hinzu kommt, dass gerade dieser Bereich in den letzten Monaten erhebliche Anstrengungen zur Umsetzung von Infektionsschutzkonzepten unternommen hat und die infektionsgerechte Nutzung der Angebote für viele seit langem geübte Praxis ist.

Daher kann für die Handelsgeschäfte schon in der Inzidenzstufe 3 unter Fortgeltung der infektiologischen Grundregeln (AHA+L-Regeln) eine weitgehende Öffnung erfolgen, die nur noch durch eine Begrenzung der zulässigen Personenzahlen in den Handelsgeschäften zusätzlich abgesichert wird. § 16 unterscheidet dabei weiter zwischen den privilegierten Sortimenten, die für die tägliche Versorgung notwendig sind, und anderen Sortimenten. Die Unterscheidung verliert aber erheblich an Bedeutung, da sie sich nur noch in der Inzidenzstufe 3 in einem geringeren Personenschlüssel (1 Personen je 20 statt je 10 qm) auswirkt. Auch für Märkte im Freien sind weitgehende

Freigaben in allen Inzidenzstufen vorgesehen, da hier neben der Versorgungsrelevanz auch die geringeren Infektionsrisiken im Freien zu berücksichtigen sind. Ab der Inzidenzstufe 2 sind deshalb auch Jahr- und Spezialmärkte zulässig, denen keine wirkliche Versorgungsfunktion zukommt und die sich aufgrund des Freizeitcharakters bei typisierender Betrachtung durch höhere Infektionsrisiken aufgrund der höheren Personenzahlen und der längeren Verweildauer auszeichnen. Mit Erreichen der Inzidenzstufe 1 entfällt ab dem 27. August 2021 bei Jahrmärkten und Spezialmärkten das Erfordernis von Negativtestnachweisen.

Aufgrund der erheblichen Bedeutung für die Wiederbelebung des gesamten Wirtschaftssektors sind auch Messen und Ausstellungen bereits in der Inzidenzstufe 3 wieder möglich. Hier sind die Infektionsrisiken trotz der Vielzahl von Menschen mit den umfassenden erarbeiteten Infektionsschutzkonzepten und Negativtestnachweisen wirksam zu begrenzen.

Den geringeren Infektionsrisiken der Inzidenzstufen 2 und 1 wird bei den verschiedenen Angebotsformen durch eine Erhöhung der zulässigen Personenzahl und Erleichterungen bei anderen Schutzmaßnahmen Rechnung getragen. Wegen der schon in der Inzidenzstufe 3 weitgehenden Öffnungen sind hier aber nur noch punktuelle weitere Erleichterungen vorgesehen.

Mit der Aufhebung der Regelung, die auch dem Großhandel erlaubte, im Rahmen der Corona-Pandemie auch an Endverbraucher Lebensmittel zu verkaufen, wird auch in der Coronaschutzverordnung diese Änderung nachvollzogen und der Großhandel wieder auf Großhandelskunden beschränkt.

Abs. 5 stellt für Messen und Ausstellung nunmehr ausschließlich auf die **Landesinzidenz ab. So wird berücksichtigt, dass Messen und Ausstellungen regelmäßig von einem überregionalen Publikum aufgesucht werden und es wird sichergestellt, dass die Kontakte, die in aller Regel auf und insbesondere vor bzw. nach derartigen Veranstaltungen entstehen, nicht zu nachfolgenden grenzüberschreitenden Infektionslagen führen.**

Mit der Neufassung des Abs. 3 Nr. 2 wird der Betrieb der dort genannten Einrichtungen bzw. Veranstaltungen auch auf geschlossene Räume erweitert, wobei zwecks Verringerung der Kontakte bzw. Sicherstellung notwendiger Abstände, die Anzahl gleichzeitig anwesender Besucherinnen und Besucher in geschlossenen Räumlichkeiten, eine Person pro zehn Quadratmeter der für sie zugänglichen Fläche nicht überschreiten darf.

Mit der Neufassung des Abs. 5 entfallen mit Blick auf die in der Inzidenzstufe 0 niedrigen Infektionszahlen die Beschränkungen der Absätze 1 bis 4.

§ 17 Handwerk, Dienstleistungsgewerbe, Heilberufe

Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung des Gesamtbereichs und der zusätzlichen z.B. medizinischen Bedeutung bestimmter Dienstleistungen auf der einen sowie der inzwischen sicher eingeübten infektionsschutzgerechten Erbringung der Dienstleistungen auf der anderen Seite, sieht § 17 neben der Geltung der infektiologischen Grundregeln kaum noch weitergehende Einschränkungen vor. Nur für den besonders infektionssensiblen Bereich der körpernahen Dienstleistungen bleibt es bei den bewährten zusätzlichen Schutzmaßnahmen wie einer verschärfte Maskenpflicht und der einfachen Rückverfolgbarkeit. Wenn die Grundregel der Maskenpflicht nicht eingehalten werden kann, ist das dadurch entstehende deutlich höhere Infektionsrisiko in Kreisen und kreisfreien Städten der Inzidenzstufen 2 und 3 durch das Erfordernis eines Negativtestnachweises zu begrenzen.

Da sich die Schutzmaßnahmen im § 17 ohnehin auf wenige Grundregeln beschränken, sieht die Norm bis auf die vorgenannte Ausnahme auch keine weiteren Abstufungen für die niedrigeren Inzidenzstufen vor.

Mit der Einfügung des Abs. 3 entfallen mit Blick auf die in der Inzidenzstufe 0 niedrigen Infektionszahlen die Beschränkungen der Absätze 1 und 2. Für das Erbringen körpernaher Dienstleistungen wird hingegen wegen der erhöhten Infektionsgefahr ein Alternativverhältnis zwischen dem Tragen medizinischer Masken und dem Vorliegen eines Negativtestnachweises bzw. eines Selbsttests respektive einer vollständigen Immunisierung normiert.

§ 18 Veranstaltungen und Versammlungen

Auch im Bereich der Zusammenkünfte, an denen eine Vielzahl von Personen teilnimmt, erlaubt die verbesserte Infektionslage Lockerungen. Diese erscheinen für Versammlungen und Veranstaltungen, die über die bereits bisher aufgrund ihrer besonderen rechtlichen und gesellschaftlichen Bedeutung zulässigen Versammlungen hinausgehen, aber erst ab einem stabilen Inzidenzwert unter 50 vertretbar, weil die großen Personenzahlen und die oft überregionalen Einzugsbereiche stets ein besonderes Risiko der Infektionsverbreitung mit sich bringen. In der Inzidenzstufe 3 bleibt es daher weitgehend bei den schon bisher zulässigen Versammlungen und auch den versamlungsbezogenen Grundregeln (Rückverfolgbarkeit, Mindestabstand, allgemeine Maskenpflicht gemäß § 5 in geschlossenen Räumen und ab 25 Personen auch im Freien). In der Inzidenzstufe 2 können dann die Möglichkeiten der zusätzlichen Sicherheit durch Negativtestnachweis auch für größere Kongresse und Tagungen und private Feiern sowie für sonstige nicht private Veranstaltungen genutzt werden. Zudem gibt es Erleichterungen von den Grundregeln des Mindestabstands am Sitzplatz mit einfacher Rückverfolgbarkeit.

Untersagt bleiben auch in der Inzidenzstufe 2 aber Partys und ähnliche Veranstaltungen, da gerade ungezwungene und gesellige persönliche Kontakte in größeren Gruppen eine Ursache vieler Neuinfektionen sind. Die Einordnung als unzulässige Feier („Party“) ist dabei vor dem Hintergrund des Infektionsschutzes vorzunehmen. Entscheidend ist, ob angesichts der Teilnehmerzahl, des Verhaltens und der Rahmenbedingungen (Raumgestaltung, Alkoholangebot, Musik und ggf. Tanz) die Einhaltung der allgemeinen Infektionsschutzregeln fraglich erscheint und ob ein relevanter Distanzverlust zwischen den teilnehmenden Personen zu erwarten ist.

In der Inzidenzstufe 1 können Veranstaltungen aufgrund der niedrigen generellen Infektionsgefahr im Freien grundsätzlich ohne Negativtestnachweis durchgeführt werden. Auch in geschlossenen Räumen sind dann größere Personenzahlen zulässig. Mit kleineren Personenzahlen lässt das geringere Infektionsrisiko auch Partys und ähnliche Feiern vertretbar werden, bei denen mit Negativnachweis und Rückverfolgbarkeit kein Mindestabstand eingehalten werden muss.

Besonders große gesellige Veranstaltungen wie Volksfeste setzen wie andere ähnliche Veranstaltungen und Angebote (Diskotheken, Sportfeste, Festivals) neben der Inzidenzstufe 1 auch einen erheblichen Impffortschritt voraus und sind daher erst ab dem 27. August 2021 zulässig. Bei überregionaler Bedeutung (mehr als 1.000 teilnehmende Personen) muss auch für das Land die Inzidenzstufe 1 gelten.

Wie bereits im vergangenen Jahr soll mit der Regelung in Absatz 2 Nummer 9 auch schon in der Inzidenzstufe 3 Schülerinnen und Schülern der Abschlussklassen ermöglicht werden, den Schulabschluss im Rahmen von internen Feiern ohne Einhaltung des Mindestabstands zu feiern. Zudem wurde eine vergleichbare Regelung für den Abschied vom Kindergarten eingefügt. Hier ist die Begleitung von zwei Erwachsenen zugelassen. Die Zulässigkeit von Durchführungen der Abschiedsfeste in den Kindergärten wird auf den 31. Juli 2021 befristet, da wegen der Schließungszeiten der Kindergärten diese zum Teil bis zum Abschluss des Kindergartenjahres stattfinden. Mit der Regelung in Absatz 2 Satz 1 Nummer 9 wird zudem allen Lehrerinnen und Lehrern der Zugang zu den Festen der Abschlussklassen gewährt.

Bei den Regelungen zum Singen wird noch einmal deutlich auf die Einhaltung des erweiterten Mindestabstands abgestellt, da gerade das Singen zu einem erhöhten Aerosolausstoß führt und hier somit die Einhaltung des Abstands von besonderer Bedeutung ist. Mit Absatz 4 Nummer 5 wird bei Inzidenzstufe 1 auch das Singen in geschlossenen Räumen bei Veranstaltungen und Versammlungen wieder zulässig, wobei wegen des erhöhten Aerosolausstoßes entweder alle Teilnehmenden ein Negativtestnachweis vorzulegen oder eine Atemschutzmaske zu tragen haben. Auch hier soll durch die Quadratmeterangaben und den erweiterten Mindestabstand dem Aerosolausstoß Rechnung getragen werden.

Mit der Regelung in Absatz 3 Nummer 1 und Absatz 4 Nummer 2 werden die Sitzungen von rechtlich vorgesehenen Gremien öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher

Institutionen, Gesellschaften und Wohnungseigentümer-gemeinschaften, Parteien oder Vereinen in den Inzidenzstufen 2 und 1 den Tagungen und Kongressen gleichgestellt.

Zudem werden die Anforderungen an Sitzungen, Tagungen und Kongresse nach Angeboten in geschlossenen Räumen und unter freiem Himmel differenziert geregelt, sowie weitere Lockerungen vorgesehen, wenn auch für das Land die Inzidenzstufe 1 gilt.

Bei den privaten Veranstaltungen entfällt unter der Voraussetzung des Vorliegens negativer Testnachweise schon bei Inzidenzstufe 2 die Maskenpflicht im Außenbereich sowie im Innenbereich an den Tischen, wenn die einfache Rückverfolgbarkeit sicherstellt ist.

Mit der Neufassung des Abs. 4 Nr. 5 wird entsprechend der vorstehenden Regelungen in der Verordnung auf den erweiterten Mindestabstand beim Singen verzichtet. Voraussetzung ist, dass alle Teilnehmenden (alternativ) über einen Negativtestnachweis verfügen, beim Singen eine medizinische Maske tragen oder die Anzahl der Teilnehmenden auf eine Person pro angefangene zehn Quadratmeter begrenzt ist. Die Regelung ermöglicht so eine flexible und individuell auf die Veranstaltung zugeschnittene Entscheidung.

Mit der Einfügung des Abs. 5 entfallen mit Blick auf die in der Inzidenzstufe 0 niedrigen Infektionszahlen die Beschränkungen der Absätze 1 und 4. Für private Veranstaltungen ohne und mit Partycharakter gilt die Aufhebung wegen der mit solchen Veranstaltungen typischerweise einhergehenden Unterschreitung von Mindestabständen nur bei Vorliegen eines Negativtestnachweises bzw. einer vollständigen Immunisierung. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, wird der Schutz vor Infektionen dadurch gewährleistet, dass bei privaten Veranstaltungen ohne Partycharakter wieder die Abstands- und Maskenpflicht der Inzidenzstufe 1 greift.

Wegen der Vielzahl der Teilnehmenden, oftmals ausgelassener Stimmung und typischerweise fehlender Einhaltung von Abständen greift die Regelung des Satzes 1 bei den Veranstaltungen nach Satz 2 nur, wenn auch für das Land die Inzidenzstufe 0 gilt und sämtliche teilnehmenden Personen über einen Negativtestnachweis oder eine vollständige Immunisierung verfügen. Mit der Regelung in Satz 4 wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Veranstaltungen nach Satz 2 einer Zugangskontrolle regelmäßig nicht zugänglich sind.

§ 19 Gastronomie

Eine umfassende Öffnungsperspektive zeigt die neue Coronaschutzverordnung auch für die Gastronomie auf. Dabei wird in § 19, der auf § 28a Abs. 1 Nr. 13 IfSG beruht,

jedoch aufgrund der besonderen Infektionsrisiken in geschlossenen Räumen zwischen Angeboten im Freien und in geschlossenen Räumen unterschieden. Innerhalb der Gruppen, die sich ohne Mindestabstand treffen dürfen, gibt es dann aber keine weiteren einschränkenden Unterteilungen mehr, wie dies im Vorjahr z.B. bezüglich Bars und Kneipen der Fall war.

Im Freien sind gastronomische Angebote bereits seit der letzten Änderung der Coronaschutzverordnung ab dem Außerkrafttreten der „Bundesnotbremse“ (also bei einer stabilen Inzidenz unter 100) mit Negativtestnachweis zulässig, dies wird jetzt auch für die Inzidenzstufe 3 fortgeschrieben. Auch die Angebote der Hol- und Lieferdienste und des Außer-Haus-Verkaufs, die auch während des Lockdowns der vergangenen Monate nicht untersagt waren, bleiben weiter zulässig.

Da die aktuelle Coronaschutzverordnung anders als die Vorgängerregelungen im vergangenen Jahr auf eine gesonderte Anlage mit dezidierten Regelungen der Hygiene- und Infektionsschutzmaßnahmen verzichtet, kommt der Beachtung der allgemeinen Regelungen der §§ 3 bis 6 und 8 besondere Bedeutung zu. So gelten zwischen Tischen die Mindestabstände (1,5 m zwischen an unterschiedlichen Tischen sitzenden Personen) und an Tischen außerdem die Kontaktbeschränkungen. Es dürfen also in allen Inzidenzstufen nur Gruppen ohne Mindestabstände an Tischen sitzen oder stehen, die nach § 4 in den verschiedenen Inzidenzstufen von den Kontaktbeschränkungen ausgenommen sind. Bei außergewöhnlich großen Tischen können ggf. auch zwei verschiedene Kontaktgruppen am selben Tisch sitzen, wenn zwischen diesen Gruppen gesichert der Mindestabstand von 1,5 m eingehalten wird.

Das Erfordernis des Negativtestnachweises fällt für die Außengastronomie in der Inzidenzstufe 2 und 1 weg, soweit nicht Personengruppen einen Tisch zusammen nutzen wollen, die ihrerseits nach § 4 nur mit einem Negativtestnachweis eine Ausnahme von der Kontaktbeschränkung in Anspruch nehmen können.

Mit einem Negativtestnachweis ist dann ab der Inzidenzstufe 2 auch die Innengastronomie wieder zulässig, weil die niedrigere Inzidenz und die zusätzliche Sicherheit durch die Negativtestungen die besonderen Infektionsrisiken eines langen Aufenthalts in Innenräumen ausreichend begrenzen. Erforderlich sind die Abstands- und -außer am Sitzplatz - die Maskenregelungen, wobei der Mindestabstand wie im Vorjahr in gut durchlüfteten Räumen durch ausreichend dimensionierte bauliche Abtrennungen ersetzt werden kann.

Wenn sowohl die regionale Inzidenz als auch die Landesinzidenz ebenfalls in der Stufe 1 liegen, kann auch im Innenbereich auf Negativtestnachweise verzichtet werden. Dies gilt jedoch wegen des ständigen Kundenkontaktes nicht für Beschäftigte im Kundenkontakt, die zweimal wöchentlich mindestens die vom Arbeitgeber anzubietenden Testmöglichkeiten nutzen müssen.

Entsprechend den Regelungen zu Kulturveranstaltungen mit gastronomischem Angebot erfolgt hier die Regelung für kulturelle Angebote in der Gastronomie.

Mit Blick auf die in der Inzidenzstufe 0 niedrigen Infektionszahlen entfallen die Beschränkungen der Abs. 1 bis 4 weitgehend, wenn auch für das Land die Inzidenzstufe 0 gilt. Weiterhin erforderlich bleibt die Einhaltung eines Mindestabstandes von 1,5 Metern oder einer entsprechenden baulichen Abtrennung zwischen den Tischen. Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass mit der längeren Verweildauer in gastronomischen Einrichtungen und der Befreiung von der Maskenpflicht an den Sitzplätzen regelmäßig ein erhöhter Aerosolausstoß einhergeht. Darüber hinaus kann für das Personal, welches regelmäßig bei Unterschreitung von Mindestabständen eine Vielzahl von Besucherinnen und Besuchern bedient und somit einerseits selbst einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt ist, andererseits aber auch Überträger sein kann, eine Entscheidung darüber getroffen werden, ob eine medizinische Maske getragen wird oder ein Negativtestnachweis vorgehalten wird. Der Testnachweis kann auch durch einen dokumentierten Selbsttest nach § 7 Abs. 4 erfolgen.

§ 20 Beherbergung, Tourismus

Aufgrund des nicht nur regional, sondern auch landes- und bundesweit deutlich geringeren Infektionsgeschehens, können auch die auf Grundlage des § 28a Abs. 1 Nr. 11, 12 IfSG bisher geltenden Beschränkungen des Tourismus deutlich gelockert werden. Auch hier liefert das Instrument des Negativtestnachweises einen wichtigen Baustein zur Ermöglichung weitgehender Lockerungen. Bereits in der Inzidenzstufe 2 sind damit praktisch alle Beherbergungs- und Tourismusangebote wieder mit verschiedenen Schutzmaßnahmen zulässig.

In Beherbergungsbetrieben sind insbesondere auch wieder private Übernachtungen zulässig. Die gegenüber den berufsbedingten Reisen deutlich geringere Priorität, die bisher zur vollständigen Untersagung geführt hat, wirkt sich aber in dieser Stufe noch durch Einschränkungen aus, die denen der Gastronomie entsprechen und daher nicht nur infektiologisch, sondern auch aus Gleichbehandlungsgründen geboten sind. Der längere Aufenthalt in Innenräumen zur Wahrnehmung einer gastronomischen Versorgung ist erst in der Inzidenzstufe 2 zulässig. In der Inzidenzstufe 3 ist neben der Frühstücksversorgung nur die gastronomische Versorgung in der Außengastronomie oder durch Hol-/Lieferdienst auf dem Zimmer zulässig. Auch für andere Angebote wie Wellnesseinrichtungen gelten die gleichen Vorgaben wie für entsprechende Angebote außerhalb von Beherbergungsbetrieben. Ab der Inzidenzstufe 2 sind die Angebote - abgesehen von den infektiologischen Grundregeln - weitgehend ohne Einschränkungen nutzbar.

Innerhalb der weiteren touristischen Angebote nehmen die Reisebusreisen und sonstige Gruppenreisen mit Bussen zu touristischen Zwecken eine Sonderstellung ein, weil hier viele Personen eine lange Zeit gemeinsam auf engem Raum verbringen. Hier bestehen daher besondere Infektionsrisiken sowohl durch Tröpfchen- wie auch durch Aerosolinfektionen. Deshalb kommt den Negativtestnachweisen und Abstän-

den für nicht geimpfte Personen hier eine besondere Bedeutung zu. Diese Erfordernisse führen dann jedoch auch zu Kapazitätseinschränkungen, auf die nur verzichtet werden kann, wenn alle teilnehmenden Personen durch eine Immunisierung oder das dauerhafte Tragen einer FFP-2-Maske besonders geschützt sind. Mit der Kopplung an die Inzidenzstufe aus der Kommune der Herkunft der Gäste wird klargestellt, welche Regelungen im Bus gelten. Wenn alle Gäste im Bus aus einer kreisfreien Stadt oder einem Landkreis mit der Inzidenzstufe 1 kommen, dürfen medizinische Masken getragen und die Mindestabstände unterschritten werden. Im Übrigen gelten bezüglich der Besetzung im Reisebus die Regelungen des Ausgangsortes.

Die inzidenzstufenabhängigen Maßgaben für weitere touristische Gruppenangebote wie Stadtführungen etc. sind durch die bei der Durchführung der Angebote entstehenden Kontakte begründet; sie orientieren sich an den Regelungen zur Kontaktbeschränkung nach § 4.

Mit der Einfügung des Abs. 5 entfallen mit Blick auf die in der Inzidenzstufe 0 niedrigen Infektionszahlen die Beschränkungen der Absätze 1 bis 4. Für Personen mit Wohnsitz in einem anderen Kreis beziehungsweise einer anderen kreisfreien Stadt wird zur Vermeidung eines überregionalen Infektionsgeschehens und mit Blick auf eine regelmäßige Nutzung gemeinschaftlicher Räume der Wegfall des Negativtestanfordernisses davon abhängig gemacht, dass für das Land ebenfalls die Inzidenzstufe 0 gilt. Auch bei touristischen Busreisen wird auf die Inzidenzstufe des Landes abgestellt, da es häufig zu einer Vielzahl von (überregionalen) Kontakten kommt und nur so gewährleistet werden kann, dass das Angebot angesichts der Dauer des Aufenthalts und mangelnder Abstände infektiologisch vertretbar ist.

§ 21 Besondere regionale Infektionslagen, Hotspot-Strategie

Zur Wirksamkeit der gesamten Infektionsschutzregelungen ist eine möglichst hohe Normakzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern unverzichtbar. Diese wiederum knüpft elementar an eine Transparenz und Widerspruchsfreiheit der Regelungen an. Daher legt § 21 einen Wirkungsvorrang der Regelungen der Landesverordnung fest und knüpft allgemeine Regelungen durch die Kommunen an eine vorherige Einwilligung seitens des zuständigen Ministeriums. Der Einwilligungsvorbehalt soll dabei die Übereinstimmung der allgemeinen Regelungen mit der landesweiten Gesamtstrategie sicherstellen.

Absatz 1 betrifft dabei allgemeine Regelungen aller zuständigen Behörden: Die Regelungskompetenz und -verantwortung der örtlichen Behörden leitet sich für alle zum Infektionsschutz erforderlichen Maßnahmen unmittelbar aus den gesetzlichen Grundlagen der §§ 28, 28a des Infektionsschutzgesetzes und § 5 des Infektionsschutz- und Befugnisgesetzes NRW ab. Diese legislativ verliehenen Regelungskompetenzen können und sollen vom Verordnungsgeber nicht generell beschnitten werden. Die

Regelungen des § 21 sollen durch den vorgesehenen Wirkungsvorrang der Landesregelung vielmehr widerstreitende Regelungen vermeiden. Weitergehende Regelungen, die über die Coronaschutzverordnung hinausgehende Schutzmaßnahmen anordnen, sind grundsätzlich möglich. Das Einvernehmenserfordernis des Ministeriums stellt hierbei sicher, dass diese Maßnahmen der landesweiten Strategie der Pandemiebewältigung entsprechen. Beim Ministerium liegt insoweit ohnehin auch die Fachaufsicht über die zuständigen Behörden.

Absatz 2 soll im Sinne einer „Hot-Spot-Strategie“ ein besonderes Handlungserfordernis bei Kommunen mit besonderen Inzidenzen (über 100 Neuinfektionen/100.000 Einwohner in 7 Tagen, daher Geltung des § 28 b Infektionsschutzgesetz) unterstreichen. Die Regelung stellt einen besonderen Appell an die Kommunen mit hohen Inzidenzwerten dar, ohne anderen Kommunen ein kommunal begründetes Vorgehen generell zu untersagen.

Generell wird bei der Prüfung durch die Kommunen - und bei dem erforderlichen Einvernehmen des zuständigen Ministeriums - zu berücksichtigen sein, dass die Coronaschutzverordnung und § 28 b Infektionsschutzgesetz zusammengenommen bereits weitreichende Grundrechtsbeschränkungen vorsehen und darüberhinausgehende Maßnahmen auch bei einem Inzidenzwert über 100 sehr genau - z.B. durch besondere Ausbruchssituationen oder Risikolagen vor Ort - begründet werden müssen.

Ausgenommen von den über die Verordnung hinausgehenden zusätzlichen Schutzmaßnahmen sind nunmehr ausdrücklich Schutzmaßnahmen, die sich auf schulische Gemeinschaftseinrichtungen im Sinne des § 1 der Coronabetreuungsverordnung sowie auf Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen, heilpädagogische Kindertageseinrichtungen und Gruppen sowie Angebote der Kinderbetreuung in besonderen Fällen (Brückenprojekte) im Sinne von § 2 der Coronabetreuungsverordnung beziehen. Die Regelung stellt im Hinblick auf die weitreichende und bundesweit einheitlich geltende Regelung des § 28b Abs. 3 IfSG sicher, dass keine hiervon abweichenden Regelungen im Wege der Allgemeinverfügung getroffen werden können. Die Regelungen des Bundes für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen sowie für Einrichtungen nach § 33 Nummer 1 und 2 IfSG sind bei einer 7-Tage-Inzidenz, die an drei aufeinanderfolgenden Tagen über dem Schwellenwert von 100 beziehungsweise über 165 liegt, abschließend.

Die bisherige Regelung zu regionalen Lockerungen bei geringeren Inzidenzen entfällt aufgrund des jetzt landesweit umgesetzten Stufenkonzeptes. Dafür sieht Absatz 3 jetzt mit Zustimmung des Gesundheitsministeriums eine grundsätzliche Ausnahmemöglichkeit vor.

Kommunale Allgemeinverfügungen sind im Bereich der Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege mit der Wiedereinführung des Regelbetriebes möglich, soweit das Infektionsgeschehen dies erfordert.

Mit der Neufassung des Abs. 2 wird Kreisen und kreisfreien Städten der Inzidenzstufe 1 und 3 unter Berücksichtigung des Auslaufens der sogenannten Bundesnotbremse aus § 28b Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes die Möglichkeit eingeräumt, durch das Einführen von Negativtestnachweiserfordernissen für Angebote in geschlossenen Räumen auf zügig steigende Inzidenzen zu reagieren und so auch lokal einem dynamischen Infektionsgeschehen entgegenzuwirken.

§ 24 Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Evaluation

Die Befristung in Absatz 1 erfolgt auf der Grundlage von § 28a Abs. 5 IfSG.